

**Aufgabenkritik im Referat für Bildung und Sport (RBS) in 2020;
Übersicht der 36 Vorschläge mit sofortiger Umsetzung**

03.11.2020

Lfd. Nr.	Bereich	Benennung des identifizierten Vorschlags
1	Geschäftsbereich Allgemeinbildende Schulen	Auflösung einer Doppelstruktur bei GB A und RBS-PI-ZKB bei der Bearbeitung der Bedarfsorientierten Budgetierung (Verwendung von BOB-Stunden)
3		Aufbau einer halben VZÄ für die Stabsstelle Strategie und Grundsatz durch Stellenkompensation aus dem Fachbereich Schulorganisation
4		Weiterentwicklung des Konzepts für den Münchner Schulpreis
6		Prozessverschlanung im Vertragswesen Kooperationspartner Ganztags
7		Reduzierung des Umfangs von Dienstbesprechungen in den Fachbereichen Gymnasien, Realschulen und Schulen besonderer Art
8		Aufgabenänderung bei der tiergestützten Pädagogik zugunsten der geschlechtergerechten Pädagogik und Gewaltprävention
9		Verwendung einer eingesparten Stelle (A418113, SB Planung, EGr. 10 TVöD, QE 3), die die Thematik Lernhauskonzept bearbeitet, zur Kompensation für andere Aufgaben im GB Allgemeinbildende Schulen
10		Bürgerschaftliches Engagement und Partizipation (Bedarfsorientierte Teilnahme an entsprechenden Sitzungen je nach Tagesordnung)
11		Prüfung der Handkassenabrechnung der beruflichen Schulen (Schnittstelle zu RBS-GL2, Finanzen prüfen und ggf. optimieren)
12	Koordination von Besuchsanfragen internationaler Delegationen (Schnittstelle zum GB PI-ZKB prüfen und ggf. optimieren)	
14	Zusammenarbeit mit GB PI-ZKB, Fachbereich Internationale Bildungsk Kooperationen (Schnittstelle prüfen und ggf. optimieren)	
16	Geschäftsbereich Berufliche Schulen	Sicherung des Projektes „Optimierung der hauswirtschaftlichen Versorgung“ in städt. Kitas/neue Priorisierung bei KITA (seit 07/20)
17		Keine Anmeldung weiterer VZÄ im Bereich Freigemeinnützige und Sonstige Träger (FGS)
18		Keine Anmeldung weiterer VZÄ im Bereich Personalzustimmung bei der Abteilung Koordination und Aufsicht Freie Träger
19		Reduzierung des Services im Trägersauswahlverfahren bei der Abteilung Koordination und Aufsicht Freie Träger
20		Keine Anmeldung von VZÄ im Bereich Grundsatz bei der Abteilung Koordination und Aufsicht Freie Träger
21		Keine Anmeldung von VZÄ im Bereich Steuerungsunterstützung und Sonstige Sachbearbeitung bei der Abteilung Koordination und Aufsicht Freie Träger
22		Keine Anmeldung weiterer VZÄ für den Bereich Eltern-Kind-Initiativen bei der Abteilung Koordination und Aufsicht Freie Träger
24		Reduzierung des Services und des Prüfaufwandes bei der Bearbeitung des Fahrtkostenzuschusses
26		Reduzierung von PE-Instrumenten für das Personal an städtischen Kindertageseinrichtungen zur systematischen Identifizierung und gezielten Förderung von Führungsnachwuchs, Auswahl von Führungskräften
27		Betreuung Wikikita – Redaktion wird eingestellt
28		Interne Kommunikation und Kultur im Städtischen Träger (Reduzierung der Angebote)
29		Keine jährliche Prüfung und Anpassung Stellenplan für städt. Kitas bei Veränderung Ausstattungsverhältnis (AV) um mehr als 0,5 und keine jährliche Prüfung, ob für städtische Kitas Standortfaktor nach MFF erteilt werden kann
32		Reduzierung des Prüfungsumfanges bei der gesetzlichen Betriebskostenförderung und der Münchner Förderformel
33		Fort- und Weiterbildung (Reduzierung Angebote)
34	Veranstaltungen/ Programme für Kinder und Jugendliche (Reduzierung der Angebote)	
35	Geschäftsbereich Pädagogisches Institut - Zentrum für Kommunales Bildungsmanagement	Bezuschussung von pädagogischen Maßnahmen für Lehr- und Erziehungskräfte sowie Kinder und Jugendliche
36		Bildungsberatung (Reduzierung der Angebote)
37		Durchführung von Besuchen internationaler Delegationen reduzieren
38		Ausgestaltung und Aufbereitung verschiedenster Themenkomplexes des RBS-PI-ZKB in Form von Printmedien (Reduzierung der Angebote)
39	Stab Recht	Datenschutzorganisation unter Geltung der DSGVO (Schulung und Awarenessmaßnahmen, Datenschutzcontrolling reduzieren)
41	Geschäftsbereich Sport	Einstellung der Veranstaltung „Fachtage Kita“ (Durchführung eines Fachtages zu Psychomotorik und Bewegung (alle zwei Jahre) für Kinderpfleger*innen und Erzieher*innen)
42		Inklusion und Integration im Sport - Reduzierung der Teilprojekte Leuchtturmveranstaltung und Qualifizierungsmaßnahmen
43		Einsparung Inlinemodule Eis- und Funsportzentren Ost und West
44		Reduzierung der Stellenzahl bei der Planung von Schul- und Breitensportanlagen
45		Einstellung Spielgeräteverleih an externe Kunden

Aufgabenkritik in 2020 → Information über Vorschlag

Hinweise: Bitte jedes der unten stehenden farblich markierten Felder befüllen und insgesamt max. zwei bis drei Seiten!

Referat: Referat für Bildung und Sport	Dienststelle: Geschäftsbereich Allgemeinbildende Schulen – Gymnasien; Realschulen und Schulen besonderer Art	Kurzbezeichnung: RBS-A-A-2, A-3
Lfd. Nummer: 1		
Benennung des identifizierten Vorschlags: Auflösung einer Doppelstruktur bei GB A und RBS-PI-ZKB		

1. Beschreibung und Einordnung der Aufgabe	
1.1 Kurze Beschreibung der Leistung bzw. Aufgabe: Abfragen der Verwendung von BOB-Stunden (A-2; A-3); Definition: Bedarfsorientierte Budgetierung für Münchner Grundschulen, Mittelschulen, Realschulen und Gymnasien an ausgewählten Schulen gemäß Stadtratsbeschluss (siehe unten)	
1.2 Aufgabenart	
Freiwillige Aufgabe <input type="checkbox"/>	Rechtliche Pflichtaufgabe <input type="checkbox"/>
Rechtliche Grundlage/Stadtratsbeschluss/Sitzungsvorlage Nr./Sonstiges	BV Nr. 08-14 / V 09618 der Vollversammlung vom 25.07.2012
Zuordnung zu Produkt	39210100, Schulverwaltung
Kennzahlen	Nicht vorhanden
Zuordnung zu strategischem Ziel	B
2. Ergebnis der Aufgabenkritik	
2.1 Ist es notwendig, die Aufgabe künftig weiterhin zu erbringen?	
Ja <input type="checkbox"/>	Nein <input type="checkbox"/>
2.2 Inwieweit kann der Geschäftsprozess optimiert werden; kann eine Digitalisierung erfolgen?	
Ja, möglich. Abfrage existiert bereits seitens PI-ZKB; Doppelstruktur würde entfallen, wenn die Abfragen bei A-2 und A-3 nicht mehr erfolgen.	
2.3 Welche Folgen sind bei Wegfall oder Reduzierung der Aufgaben/Leistung zu erwarten?	
Synergieeffekt, Aufgabe würde von PI-ZKB erfüllt; mehr Konzentration auf andere Aufgaben, z. B. Begleitung Internationaler Klassen; ggf. minimale Auswirkung auf Zeitguthaben	
2.4 Welcher Einsparbetrag wäre generierbar?	
2.4.1 Personalkosten	0 €
2.4.2 Sachkosten	0 €
3. Möglicher Realisierungszeitpunkt	ab sofort

Aufgabenkritik in 2020 → Information über Vorschlag

Hinweise: Bitte jedes der unten stehenden farblich markierten Felder befüllen und insgesamt max. zwei bis drei Seiten!

Referat: Referat für Bildung und Sport	Dienststelle: Geschäftsbereich Allgemeinbildende Schulen – Grund-, Mittel-, Förderschulen und Tagesheime	Kurzbezeichnung: RBS-A-A-4
Lfd. Nummer: 2		
Benennung des identifizierten Vorschlags: Zusammenlegung der Elternberatung GS im GB A mit KITA-Elternberatung		

1. Beschreibung und Einordnung der Aufgabe

1.1 Kurze Beschreibung der Leistung bzw. Aufgabe:

Elternberatung GS zur Platzvergabe für Ganztagsbetreuung im Grundschulbereich

1.2 Aufgabenart

Freiwillige Aufgabe <input type="checkbox"/>	Rechtliche Pflichtaufgabe <input type="checkbox"/>
Rechtliche Grundlage/Stadtratsbeschluss/Sitzungsvorlage Nr./Sonstiges	BV Nr. 08-14 / V 14024 in der Vollversammlung vom 19.03.2014
Zuordnung zu Produkt	39210100, Schulverwaltung
Kennzahlen	Nicht vorhanden
Zuordnung zu strategischem Ziel	S

2. Ergebnis der Aufgabenkritik

2.1 Ist es notwendig, die Aufgabe künftig weiterhin zu erbringen?

Ja Nein

2.2 Inwieweit kann der Geschäftsprozess optimiert werden; kann eine Digitalisierung erfolgen?

Ja, möglich. Bei Zusammenlegung: Auflösung der Doppelstruktur und Verschiebung der VZÄ (4,0) zu RBS-KITA.

2.3 Welche Folgen sind bei Wegfall oder Reduzierung der Aufgaben/Leistung zu erwarten?

hohe Unzufriedenheit der Eltern, Probleme bei der Koordinierung der Platzvergabe im Bereich der Ganztagsbetreuung im GS-Bereich; ggf. negative Presse

2.4 Welcher Einsparbetrag wäre generierbar?

2.4.1 Personalkosten	0 €
2.4.2 Sachkosten	0 €

3. Möglicher Realisierungszeitpunkt

01.01.2022

Aufgabenkritik in 2020 → Information über Vorschlag

Hinweise: Bitte jedes der unten stehenden farblich markierten Felder befüllen und insgesamt max. zwei bis drei Seiten!

Referat: Referat für Bildung und Sport	Dienststelle: Geschäftsbereich Allgemeinbildende Schulen – Grund-, Mittel-, Förderschulen und Tagesheime	Kurzbezeichnung: RBS-A-A-4
Lfd. Nummer: 3		
Benennung des identifizierten Vorschlags: Aufbau einer halben VZÄ für die Stabsstelle Strategie und Grundsatz durch Stellenkompensation aus dem Fachbereich Schulorganisation		

1. Beschreibung und Einordnung der Aufgabe	
1.1 Kurze Beschreibung der Leistung bzw. Aufgabe: Aufgaben bzw. Leistungen der Stabsstelle Strategie und Grundsatz sollen durch Kompensation von 0,5 VZÄ der Stelle B405156 (SB Haushalt, A6/EGr. 6 TVöD, QE 2) aus dem Fachbereich Schulorganisation gestärkt werden. Die Stabsstelle Strategie und Grundsatz ist verantwortlich für <ul style="list-style-type: none"> ○ die Steuerungsunterstützung der Abteilungsleitung, ○ die Koordinierung aller Anfragen/EA/Beschlüsse, ○ die zentrale Verwaltung der Abteilung ○ das Informations-, Daten- und Beschwerdemanagement ○ den Gesamthaushalt und das Controlling ○ die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit. 	
1.2 Aufgabenart	
Freiwillige Aufgabe <input type="checkbox"/>	Rechtliche Pflichtaufgabe <input type="checkbox"/>
Rechtliche Grundlage/Stadtratsbeschluss/Sitzungsvorlage Nr./Sonstiges	-
Zuordnung zu Produkt	39210100, Schulverwaltung
Kennzahlen	Nicht vorhanden
Zuordnung zu strategischem Ziel	S

2. Ergebnis der Aufgabenkritik	
2.1 Ist es notwendig, die Aufgabe künftig weiterhin zu erbringen?	
Ja <input type="checkbox"/>	Nein <input type="checkbox"/>
2.2 Inwieweit kann der Geschäftsprozess optimiert werden; kann eine Digitalisierung erfolgen?	
Ja, möglich. Die Arbeitsvorgänge beim Fachbereich Schulorganisation können durch interne Umstrukturierung ohne Qualitätsverlust erbracht werden.	
2.3 Welche Folgen sind bei Wegfall oder Reduzierung der Aufgaben/Leistung zu erwarten?	
FB Schulorganisation: keine Stabsstelle: ohne zusätzliche VZÄ können Aufgaben nicht im benötigten Umfang erledigt werden;	
2.4 Welcher Einsparbetrag wäre generierbar?	

2.4.1 Personalkosten	0 €
2.3.2 Sachkosten	0 €

3. Möglicher Realisierungszeitpunkt	ab sofort
--------------------------------------------	-----------

Aufgabenkritik in 2020 → Information über Vorschlag

Hinweise: Bitte jedes der unten stehenden farblich markierten Felder befüllen und insgesamt max. zwei bis drei Seiten!

Referat: Referat für Bildung und Sport	Dienststelle: Geschäftsbereich Allgemeinbildende Schulen – Münchner Serviceagentur für Ganztagsbildung, Schulentwicklung und Inklusion	Kurzbezeichnung: RBS-A-MSI
Lfd. Nummer: 4		
Benennung des identifizierten Vorschlags: Weiterentwicklung des Konzepts für den Münchner Schulpreis		

1. Beschreibung und Einordnung der Aufgabe

1.1 Kurze Beschreibung der Leistung bzw. Aufgabe:

Münchner Schulpreis / Forum Münchner Schulen (A-MSI)

Der Münchner Schulpreis zeichnet Münchner Schulen aus, die innovative und zukunftsfähige Konzepte in unterschiedlichen Bereichen erarbeitet haben und diese umsetzen. Er hat den Auftrag, Schulen der Öffentlichkeit vorzustellen und die Schulentwicklung zu fördern.

1.2 Aufgabenart

Freiwillige Aufgabe <input type="checkbox"/>	Rechtliche Pflichtaufgabe <input type="checkbox"/>
Rechtliche Grundlage/Stadtratsbeschluss/Sitzungsvorlage Nr./Sonstiges	BV Nr. 08-14 / V13404 in der Vollversammlung vom 19.12.2018
Zuordnung zu Produkt	39210100, Schulverwaltung
Kennzahlen	nicht vorhanden
Zuordnung zu strategischem Ziel	Q

2. Ergebnis der Aufgabenkritik

2.1 Ist es notwendig, die Aufgabe künftig weiterhin zu erbringen?

Ja Nein

2.2 Inwieweit kann der Geschäftsprozess optimiert werden; kann eine Digitalisierung erfolgen?

Ja, möglich. Weiterentwicklung des Konzepts unter Federführung von MSI u. Einbindung von PI-ZKB (Synergieeffekte)

2.3 Welche Folgen sind bei Wegfall oder Reduzierung der Aufgaben/Leistung zu erwarten?

Öffentlichkeit würde einen Wegfall negativ zur Kenntnis nehmen; engagierte Schulen bekommen kein Forum

2.4 Welcher Einsparbetrag wäre generierbar?

2.4.1 Personalkosten	0 €
2.4.2 Sachkosten	30.000 €

3. Möglicher Realisierungszeitpunkt

ab sofort

Aufgabenkritik in 2020 → Information über Vorschlag

Hinweise: Bitte jedes der unten stehenden farblich markierten Felder befüllen und insgesamt max. zwei bis drei Seiten!

Referat: Referat für Bildung und Sport	Dienststelle: Geschäftsbereich Allgemeinbildende Schulen	Kurzbezeichnung: RBS-A
Lfd. Nummer: 5		
Benennung des identifizierten Vorschlags: Teilkompensation von Aufgaben nach Wegfall von 1,0 VZÄ. Die entsprechende Stelle ist lt. Stellenplan aktuell im GB PI-ZKB verortet. Künftig (zum 01.05.2021) wird gem. interner Vereinbarung zwischen PI-ZKB, KITA und GL vom 10.06.2020 die Stelle an den GB KITA wg. der Thematik Münchner Förderformel übergehen.		

1. Beschreibung und Einordnung der Aufgabe	
1.1 Kurze Beschreibung der Leistung bzw. Aufgabe: Koordination Presse- und Öffentlichkeitsarbeit; Erstellung von Broschüren	
1.2 Aufgabenart	
Freiwillige Aufgabe <input type="checkbox"/>	Rechtliche Pflichtaufgabe <input type="checkbox"/>
Rechtliche Grundlage/Stadtratsbeschluss/Sitzungsvorlage Nr./Sonstiges	BV Nr. 08 – 14 / V 12301 in der Vollversammlung vom 24.07.2013
Zuordnung zu Produkt	39210100 Schulverwaltung
Kennzahlen	Nicht vorhanden
Zuordnung zu strategischem Ziel	S

2. Ergebnis der Aufgabenkritik	
2.1 Ist es notwendig, die Aufgabe künftig weiterhin zu erbringen?	
Ja <input type="checkbox"/>	Nein <input type="checkbox"/>
2.2 Inwieweit kann der Geschäftsprozess optimiert werden; kann eine Digitalisierung erfolgen?	
Ja, möglich. Digitalisierung von Verwaltungsprozessen schafft Zeitressourcen für die Kompensation.	
2.3 Welche Folgen sind bei Wegfall oder Reduzierung der Aufgaben/Leistung zu erwarten?	
Aufgaben der Öffentlichkeitsarbeit müssten an RBS-PK verschoben werden.	
2.4 Welcher Einsparbetrag wäre generierbar?	
2.4.1 Personalkosten	0 €
2.4.2 Sachkosten	0 €

3. Möglicher Realisierungszeitpunkt	01.05.2021
--------------------------------------------	------------

Aufgabenkritik in 2020 → Information über Vorschlag

Hinweise: Bitte jedes der unten stehenden farblich markierten Felder befüllen und insgesamt max. zwei bis drei Seiten!

Referat: Referat für Bildung und Sport	Dienststelle: Geschäftsbereich Allgemeinbildende Schulen - Gymnasien; Realschulen und Schulen besonderer Art	Kurzbezeichnung: RBS-A-A 2, A-3
Lfd. Nummer: 6		
Benennung des identifizierten Vorschlags: Prozessverschlinkung im Vertragswesen Kooperationspartner Ganzttag		

1. Beschreibung und Einordnung der Aufgabe	
1.1 Kurze Beschreibung der Leistung bzw. Aufgabe: Vertragswesen Kooperationspartner Ganzttag (A-2; A-3)	
<p>Auf Grundlage des Stadtratsbeschlusses „Städtische Schulen schaffen Bildungsgerechtigkeit und Chancengleichheit ...“ vom 24. Juli 2013 können Lehrerjahreswochenstunden aus dem Ganztagsbudget der Schulen sowie aus der Bedarfsorientierten Budgetierung kapitalisiert, das heißt für externe Kooperationen adäquat genutzt, werden. Der Prozess „Kapitalisierung von Lehrerjahreswochenstunden“ umfasst folgende Aufgaben und Leistungen:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Abfragen und Koordinieren der Bedarfe der Schulen über einen jährlich aktualisierten Kurskatalog • Vorbereitung und Erstellung der Ausschreibungen und Verträge in Zusammenarbeit mit RBS-Recht und der Vergabestelle • Betreuung der Kooperationspartnerinnen und -partner sowie der Schulen 	
1.2 Aufgabenart	
Freiwillige Aufgabe <input type="checkbox"/>	Rechtliche Pflichtaufgabe <input type="checkbox"/>
Rechtliche Grundlage/Stadtratsbeschluss/Sitzungsvorlage Nr./Sonstiges	BV Städtische Schulen schaffen Bildungsgerechtigkeit und Chancengleichheit: Der Weg: Konsequenter Ausbau städtischer Ganzttagsschulen und mehr Budget für bildungsbenachteiligte Schülerinnen und Schüler (Nr. 08-14 / V 12301) in der Vollversammlung vom 24.07.2013
Zuordnung zu Produkt	39210100, Schulverwaltung
Kennzahlen	Nicht vorhanden
Zuordnung zu strategischem Ziel	I

2. Ergebnis der Aufgabenkritik	
2.1 Ist es notwendig, die Aufgabe künftig weiterhin zu erbringen?	
Ja <input type="checkbox"/>	Nein <input type="checkbox"/>
2.2 Inwieweit kann der Geschäftsprozess optimiert werden; kann eine Digitalisierung erfolgen?	
<p>Ja, möglich. Prozessverschlinkung in Zusammenarbeit mit RBS-Recht. Alternativ Prozessverschlinkung indem soz.päd. Angebote nicht mehr ausgeschrieben werden, sondern Sozpädagogen*innen an den Schulen fest angestellt werden. Hier besteht in den Augen aller Beteiligten eine starke Einbindung des Personals der Auftragnehmer in den Schulbetrieb und hier wurde geraten (zur Vermeidung der Schaffung von faktischen Arbeitsverhältnissen) zukünftig mehr auf angestellte Beschäftigte der LHM bzw. des Freistaats zu setzen.</p>	

2.3 Welche Folgen sind bei Wegfall oder Reduzierung der Aufgaben/Leistung zu erwarten?

Synergieeffekt; mehr Konzentration auf Begleitung indiv. Schulzeitverkürzung; ggf. minimale Auswirkung auf Zeitguthaben

2.4 Welcher Einsparbetrag wäre generierbar?

2.4.1 Personalkosten	0 €
----------------------	-----

2.4.2 Sachkosten	0 €
------------------	-----

3. Möglicher Realisierungszeitpunkt

ab sofort

Aufgabenkritik in 2020 → Information über Vorschlag

Hinweise: Bitte jedes der unten stehenden farblich markierten Felder befüllen und insgesamt max. zwei bis drei Seiten!

Referat: Referat für Bildung und Sport	Dienststelle: Geschäftsbereich Allgemeinbildende Schulen – Gymnasien; Realschulen und Schulen besonderer Art	Kurzbezeichnung: RBS-A-A-2, A-3
Lfd. Nummer: 7		
Benennung des identifizierten Vorschlags: Reduzierung des Umfangs von Dienstbesprechungen		

1. Beschreibung und Einordnung der Aufgabe	
1.1 Kurze Beschreibung der Leistung bzw. Aufgabe: Durchführung von Dienstbesprechungen	
1.2 Aufgabenart	
Freiwillige Aufgabe <input type="checkbox"/>	Rechtliche Pflichtaufgabe <input type="checkbox"/>
Rechtliche Grundlage/Stadtratsbeschluss/Sitzungsvorlage Nr./Sonstiges	nicht vorhanden
Zuordnung zu Produkt	39210100, Schulverwaltung
Kennzahlen	nicht vorhanden
Zuordnung zu strategischem Ziel	S

2. Ergebnis der Aufgabenkritik	
2.1 Ist es notwendig, die Aufgabe künftig weiterhin zu erbringen?	
Ja <input type="checkbox"/>	Nein <input type="checkbox"/>
2.2 Inwieweit kann der Geschäftsprozess optimiert werden; kann eine Digitalisierung erfolgen?	
Ja, möglich. Digitale Information; mehr Kooperationen mit anderen Abteilungen / GB;	
2.3 Welche Folgen sind bei Wegfall oder Reduzierung der Aufgaben/Leistung zu erwarten?	
Synergieeffekte; ggf. minimale Auswirkung auf Zeitguthaben; jedoch auch verringerter persönlicher Kontakt	
2.4 Welcher Einsparbetrag wäre generierbar?	
2.4.1 Personalkosten	0 €
2.4.2 Sachkosten	0 €

3. Möglicher Realisierungszeitpunkt	ab sofort
--------------------------------------------	-----------

Aufgabenkritik in 2020 → Information über Vorschlag

Hinweise: Bitte jedes der unten stehenden farblich markierten Felder befüllen und insgesamt max. zwei bis drei Seiten!

Referat: Referat für Bildung und Sport	Dienststelle: Geschäftsbereich Allgemeinbildende Schulen – Grund-, Mittel-, Förderschulen und Tagesheime	Kurzbezeichnung: RBS-A-A-4
Lfd. Nummer: 8		
Benennung des identifizierten Vorschlags: Aufgabenänderung von 0,2 VZÄ tiergestützte Pädagogik der Stelle A424638 (Fachberater*in) zugunsten der Thematiken geschlechtergerechte Pädagogik und Gewaltprävention		

1. Beschreibung und Einordnung der Aufgabe	
1.1 Kurze Beschreibung der Leistung bzw. Aufgabe: Der Arbeitsvorgang „Tiergestützte Pädagogik“ der Stelle A424638 (Fachberater*in, S11B, QE 3) kann eingespart werden, da es sich um eine freiwillige Aufgabe handelt. Zukünftig muss die Stelle stattdessen Aufgaben der Thematiken geschlechtergerechte Pädagogik und Gewaltprävention übernehmen.	
1.2 Aufgabenart	
Freiwillige Aufgabe <input type="checkbox"/>	Rechtliche Pflichtaufgabe <input type="checkbox"/>
Rechtliche Grundlage/Stadtratsbeschluss/Sitzungsvorlage Nr./Sonstiges	BV Nr. 14 – 20 / V 02934 in der Vollversammlung vom 21.10.2015
Zuordnung zu Produkt	39210100 Schulverwaltung
Kennzahlen	nicht vorhanden
Zuordnung zu strategischem Ziel	Q
2. Ergebnis der Aufgabenkritik	
2.1 Ist es notwendig, die Aufgabe künftig weiterhin zu erbringen?	
Ja <input type="checkbox"/>	Nein <input type="checkbox"/>
2.2 Inwieweit kann der Geschäftsprozess optimiert werden; kann eine Digitalisierung erfolgen?	
Nein, nicht möglich.	
2.3 Welche Folgen sind bei Wegfall oder Reduzierung der Aufgaben/Leistung zu erwarten?	
keine	
2.4 Welcher Einsparbetrag wäre generierbar?	
2.4.1 Personalkosten	0 €
2.4.2 Sachkosten	0 €
3. Möglicher Realisierungszeitpunkt	ab sofort

Aufgabenkritik in 2020 → Information über Vorschlag

Hinweise: Bitte jedes der unten stehenden farblich markierten Felder befüllen und insgesamt max. zwei bis drei Seiten!

Referat: Referat für Bildung und Sport	Dienststelle: Geschäftsbereich Allgemeinbildende Schulen – Münchner Serviceagentur für Ganztagsbildung, Schulentwicklung und Inklusion	Kurzbezeichnung: RBS-A-MSI
Lfd. Nummer: 9		
Benennung des identifizierten Vorschlags: Verwendung einer eingesparten Stelle (A418113, SB Planung, EGr. 10 TVöD, QE 3), die die Thematik Lernhauskonzept bearbeitet, zur Kompensation für andere Aufgaben im GB A		

1. Beschreibung und Einordnung der Aufgabe

1.1 Kurze Beschreibung der Leistung bzw. Aufgabe:

Entwurf und Weiterentwicklung des Lernhauskonzepts; Lernhauskonzept steht; ggf. Weiterentwicklung mit Ressourcen von ZIM; Stelle A418113 ggf. zur Kompensation verwenden (z. B. Kommunikation aber auch Schulentwicklung bei schulartübergreifenden Aufgaben im GB A) → keine Abschöpfung möglich, sondern neue Aufgabenbeschreibung

1.2 Aufgabenart

Freiwillige Aufgabe <input type="checkbox"/>	Rechtliche Pflichtaufgabe <input type="checkbox"/>
Rechtliche Grundlage/Stadtratsbeschluss/Sitzungsvorlage Nr./Sonstiges	BV 08-14/V06167 im Ausschuss für Bildung und Sport vom 23.02.2011
Zuordnung zu Produkt	39210100 Schulverwaltung
Kennzahlen	Nicht vorhanden
Zuordnung zu strategischem Ziel	Q

2. Ergebnis der Aufgabenkritik

2.1 Ist es notwendig, die Aufgabe künftig weiterhin zu erbringen?

Ja Nein

2.2 Inwieweit kann der Geschäftsprozess optimiert werden; kann eine Digitalisierung erfolgen?

Ja, möglich. Optimierung ggf. durch enge Abstimmung mit RBS-ZIM/RBS-GL2-Vergabestelle; ggf. klare Prozessbeschreibung für betroffene Schulleitungen

2.3 Welche Folgen sind bei Wegfall oder Reduzierung der Aufgaben/Leistung zu erwarten?

Serviceleistungen für Vergabestelle (z.B. Beschreibung von Produkten) nicht mehr möglich; ggf. Planungsaufträge im Einzelfall extern vergeben

2.4 Welcher Einsparbetrag wäre generierbar?

2.4.1 Personalkosten	0 €
2.4.2 Sachkosten	0 €

3. Möglicher Realisierungszeitpunkt

ab sofort

Aufgabenkritik in 2020 → Information über Vorschlag

Hinweise: Bitte jedes der unten stehenden farblich markierten Felder befüllen und insgesamt max. zwei bis drei Seiten!

Referat: Referat für Bildung und Sport	Dienststelle: Geschäftsbereich Berufliche Schulen	Kurzbezeichnung: RBS-B
Lfd. Nummer: 10		
Benennung des identifizierten Vorschlags: Bürgerschaftliches Engagement und Partizipation		

1. Beschreibung und Einordnung der Aufgabe

1.1 Kurze Beschreibung der Leistung bzw. Aufgabe:

Beteiligung bei dem bürgerlichen Engagement im Bereich der beruflichen Bildung

1.2 Aufgabenart

Freiwillige Aufgabe <input type="checkbox"/>	Rechtliche Pflichtaufgabe <input type="checkbox"/>
Rechtliche Grundlage/Stadtratsbeschluss/Sitzungsvorlage Nr./Sonstiges	<i>BV Förderung Bürgerschaftlichen Engagements; 5. Bericht des Fachbeirats Bürgerschaftliches Engagement - Stellungnahme der Stadtverwaltung (Nr. 14-20 / V 17603) im Verwaltungs- und Personalausschuss vom 03.03.2020 (VV am 18.03.2020)</i>
Zuordnung zu Produkt	39210100 Schulverwaltung
Kennzahlen	nicht vorhanden
Zuordnung zu strategischem Ziel	S

2. Ergebnis der Aufgabenkritik

2.1 Ist es notwendig, die Aufgabe künftig weiterhin zu erbringen?

Ja

Nein

2.2 Inwieweit kann der Geschäftsprozess optimiert werden; kann eine Digitalisierung erfolgen?

Ja, möglich. Teilnahme von RBS-B an Sitzungen (z.B. Bürgerversammlungen) im o.g. Kontext lediglich bedarfsorientiert nach Sichtung der Tagesordnung.

2.3 Welche Folgen sind bei Wegfall oder Reduzierung der Aufgaben/Leistung zu erwarten?

Die komplett eigenverantwortliche Umsetzung von Angeboten ohne die Beteiligung des Overheads von RBS-B durch die Schulen ist zu erwarten, wodurch Gewährleistung eines einheitlichen Standards nicht sichergestellt ist.

2.4 Welcher Einsparbetrag wäre generierbar?

2.4.1 Personalkosten	0 €
2.4.2 Sachkosten	0 €

3. Möglicher Realisierungszeitpunkt	ab sofort
--------------------------------------------	-----------

Aufgabenkritik in 2020 → Information über Vorschlag

Hinweise: Bitte jedes der unten stehenden farblich markierten Felder befüllen und insgesamt max. zwei bis drei Seiten!

Referat: Referat für Bildung und Sport	Dienststelle: Geschäftsbereich Berufliche Schulen	Kurzbezeichnung: RBS-B
Lfd. Nummer: 11		
Benennung des identifizierten Vorschlags: Prüfung der Handkassenabrechnung der beruflichen Schulen		

1. Beschreibung und Einordnung der Aufgabe	
1.1 Kurze Beschreibung der Leistung bzw. Aufgabe: Der Geschäftsbereich RBS-B überprüft die Abrechnung der Handkassen an den beruflichen Schulen und steht den Schulen beratend bei allen sich daraus ergebenden Fragen zur Verfügung. Zusätzlich erfolgt eine sich überschneidende Prüfung bei RBS-GL2.	
1.2 Aufgabenart	
Freiwillige Aufgabe <input type="checkbox"/>	Rechtliche Pflichtaufgabe <input type="checkbox"/>
Rechtliche Grundlage/Stadtratsbeschluss/Sitzungsvorlage Nr./Sonstiges	nicht vorhanden
Zuordnung zu Produkt	39210100 Schulverwaltung
Kennzahlen	nicht vorhanden
Zuordnung zu strategischem Ziel	Q

2. Ergebnis der Aufgabenkritik	
2.1 Ist es notwendig, die Aufgabe künftig weiterhin zu erbringen?	
Ja <input type="checkbox"/>	Nein <input type="checkbox"/>
2.2 Inwieweit kann der Geschäftsprozess optimiert werden; kann eine Digitalisierung erfolgen?	
Ja, möglich. Die Prüfung der Buchungen sollte entweder durch RBS-B oder RBS-GL2 erfolgen, um die Doppelstrukturen bzw. -arbeiten aufzulösen.	
2.3 Welche Folgen sind bei Wegfall oder Reduzierung der Aufgaben/Leistung zu erwarten?	
Durch den Wegfall der mit der Prüfung der Buchungen einhergehenden Beratung der Schulen durch RBS-B ist eine geminderte Beratungsleistung für die beruflichen Schulen zu erwarten.	
2.4 Welcher Einsparbetrag wäre generierbar?	
2.4.1 Personalkosten	0 €
2.4.2 Sachkosten	0 €

3. Möglicher Realisierungszeitpunkt	ab sofort
--------------------------------------------	-----------

Aufgabenkritik in 2020 → Information über Vorschlag

Hinweise: Bitte jedes der unten stehenden farblich markierten Felder befüllen und insgesamt max. zwei bis drei Seiten!

Referat: Referat für Bildung und Sport	Dienststelle: Geschäftsbereich Berufliche Schulen	Kurzbezeichnung: RBS-B
Lfd. Nummer: 12		
Benennung des identifizierten Vorschlags: Koordination von Besuchsfragen internationaler Delegationen		

1. Beschreibung und Einordnung der Aufgabe

1.1 Kurze Beschreibung der Leistung bzw. Aufgabe:

Austausch und Delegation der EU-Länder bzgl. der beruflichen Bildung (bspw. im Hinblick auf das duale System an ausgewählten beruflichen Schulen) in enger Zusammenarbeit mit PI-ZKB als Erstansprechpartner für die Koordination von Besuchsfragen internationaler Delegationen

1.2 Aufgabenart

Freiwillige Aufgabe <input type="checkbox"/>	Rechtliche Pflichtaufgabe <input type="checkbox"/>
Rechtliche Grundlage/Stadtratsbeschluss/Sitzungsvorlage Nr./Sonstiges	nicht vorhanden
Zuordnung zu Produkt	39210100 Schulverwaltung
Kennzahlen	nicht vorhanden
Zuordnung zu strategischem Ziel	S

2. Ergebnis der Aufgabenkritik

2.1 Ist es notwendig, die Aufgabe künftig weiterhin zu erbringen?

Ja Nein

2.2 Inwieweit kann der Geschäftsprozess optimiert werden; kann eine Digitalisierung erfolgen?

Ja, möglich. Der Prozess kann durch eine detaillierte Schnittstellenanalyse mit PI-ZKB im Hinblick auf etwaige Doppelstrukturen und -arbeiten Optimierung finden.

2.3 Welche Folgen sind bei Wegfall oder Reduzierung der Aufgaben/Leistung zu erwarten?

Grundsätzlich ist ein Imageverlust für den Geschäftsbereich RBS-B durch potenziell geringere Präsenz zu erwarten.

2.4 Welcher Einsparbetrag wäre generierbar?

2.4.1 Personalkosten	0 €
2.4.2 Sachkosten	0 €

3. Möglicher Realisierungszeitpunkt	ab sofort
--------------------------------------------	-----------

Aufgabenkritik in 2020 → Information über Vorschlag

Hinweise: Bitte jedes der unten stehenden farblich markierten Felder befüllen und insgesamt max. zwei bis drei Seiten!

Referat: Referat für Bildung und Sport	Dienststelle: Geschäftsbereich Berufliche Schulen	Kurzbezeichnung: RBS-B
Lfd. Nummer: 13		
Benennung des identifizierten Vorschlags: Neueinsteigerseminar (NES) planen, durchführen, nachbereiten		

1. Beschreibung und Einordnung der Aufgabe

1.1 Kurze Beschreibung der Leistung bzw. Aufgabe:

Planen, Durchführen und Nachbereiten des Neueinsteigerseminars für neue Lehrkräfte an beruflichen Schulen.

1.2 Aufgabenart

Freiwillige Aufgabe <input type="checkbox"/>	Rechtliche Pflichtaufgabe <input type="checkbox"/>
Rechtliche Grundlage/Stadtratsbeschluss/Sitzungsvorlage Nr./Sonstiges	BV <i>Berufseingangsphase für Junglehrer*innen unterstützen</i> (Nr. 02-08 / V 06114) im Schulausschuss vom 08.06.2005
Zuordnung zu Produkt	39210100 Schulverwaltung
Kennzahlen	nicht vorhanden
Zuordnung zu strategischem Ziel	A

2. Ergebnis der Aufgabenkritik

2.1 Ist es notwendig, die Aufgabe künftig weiterhin zu erbringen?

Ja <input type="checkbox"/>	Nein <input type="checkbox"/>
-----------------------------	-------------------------------

2.2 Inwieweit kann der Geschäftsprozess optimiert werden; kann eine Digitalisierung erfolgen?

Ja, möglich. Die zu erstellenden Ordner mit relevanten Unterlagen für das Neueinsteigerseminar können digital Aufbereitung finden.

2.3 Welche Folgen sind bei Wegfall oder Reduzierung der Aufgaben/Leistung zu erwarten?

Im Hinblick auf eine über die o.g. Optimierung hinausgehende Maßnahme, d.h. Streichung des Neueinsteigerseminars, ist grundsätzlich ein Informationsverlust für die Lehrkräfte und ein Imageverlust als attraktive Arbeitgeberin zu erwarten.

2.4 Welcher Einsparbetrag wäre generierbar?

2.4.1 Personalkosten	0 €
2.4.2 Sachkosten	500 €

3. Möglicher Realisierungszeitpunkt	Schuljahr 2021/2022
--------------------------------------------	---------------------

Aufgabenkritik in 2020 → Information über Vorschlag

Hinweise: Bitte jedes der unten stehenden farblich markierten Felder befüllen und insgesamt max. zwei bis drei Seiten!

Referat: Referat für Bildung und Sport	Dienststelle: Geschäftsbereich Berufliche Schulen	Kurzbezeichnung: RBS-B
Lfd. Nummer: 14		
Benennung des identifizierten Vorschlags: Zusammenarbeit mit PI-ZKB, Fachbereich Internationale Bildungsk Kooperationen		

1. Beschreibung und Einordnung der Aufgabe	
1.1 Kurze Beschreibung der Leistung bzw. Aufgabe: Zusammenarbeit mit PI-ZKB	
1.2 Aufgabenart	
Freiwillige Aufgabe <input type="checkbox"/>	Rechtliche Pflichtaufgabe <input type="checkbox"/>
Rechtliche Grundlage/Stadtratsbeschluss/Sitzungsvorlage Nr./Sonstiges	nicht vorhanden
Zuordnung zu Produkt	39210100 Schulverwaltung
Kennzahlen	nicht vorhanden
Zuordnung zu strategischem Ziel	S

2. Ergebnis der Aufgabenkritik	
2.1 Ist es notwendig, die Aufgabe künftig weiterhin zu erbringen?	
Ja <input type="checkbox"/>	Nein <input type="checkbox"/>
2.2 Inwieweit kann der Geschäftsprozess optimiert werden; kann eine Digitalisierung erfolgen?	
Ja, möglich. Die Zusammenarbeit kann durch eine detaillierte Schnittstellenanalyse mit PI-ZKB im Hinblick auf etwaige Doppelstrukturen und -arbeiten Optimierung finden.	
2.3 Welche Folgen sind bei Wegfall oder Reduzierung der Aufgaben/Leistung zu erwarten?	
Durch die Optimierung ist eine synergetische und ressourcenschonende Arbeitsweise zu erwarten.	
2.4 Welcher Einsparbetrag wäre generierbar?	
2.4.1 Personalkosten	0 €
2.4.2 Sachkosten	0 €
3. Möglicher Realisierungszeitpunkt	ab sofort

Aufgabenkritik in 2020 → Information über Vorschlag

Hinweise: Bitte jedes der unten stehenden farblich markierten Felder befüllen und insgesamt max. zwei bis drei Seiten!

Referat: Referat für Bildung und Sport	Dienststelle: Geschäftsbereich Geschäftsleitung, Gast- und Vertragsschulwesen	Kurzbezeichnung: RBS-GL-GV
Lfd. Nummer: 15		
Benennung des identifizierten Vorschlags: Fahrten von Schulvorbereitender Einrichtung (SVE) / Sonderpädagogischem Förderzentrum (SFZ) in eine Betreuungseinrichtung		

1. Beschreibung und Einordnung der Aufgabe

1.1 Kurze Beschreibung der Leistung bzw. Aufgabe:

Übernahme der Fahrtkosten von einer/einem SVE/SFZ in eine Betreuungseinrichtung.

1.2 Aufgabenart

Freiwillige Aufgabe <input type="checkbox"/>	Rechtliche Pflichtaufgabe <input type="checkbox"/>
Rechtliche Grundlage/Stadtratsbeschluss/Sitzungsvorlage Nr./Sonstiges	BV <i>Schülertransport für Schulvorbereitende Einrichtungen optimieren</i> (Nr. 14-20 / V16405) im Bildungsausschuss vom 18.09.2019 BV <i>Übernahme der Fahrtkosten von Schulvorbereitenden Einrichtungen und Sonderpädagogischen Förderzentren in eine Betreuungseinrichtung</i> (Nr. 20-26 / V01569) im Bildungsausschuss vom 28.10.2020 (VV am 19.11.2020)
Zuordnung zu Produkt	39241100 Schülerbeförderung
Kennzahlen	Anzahl der zu befördernden Schüler*innen
Zuordnung zu strategischem Ziel	B

2. Ergebnis der Aufgabenkritik

2.1 Ist es notwendig, die Aufgabe künftig weiterhin zu erbringen?

Ja

Nein

2.2 Inwieweit kann der Geschäftsprozess optimiert werden; kann eine Digitalisierung erfolgen?

Nein, nicht möglich.

2.3 Welche Folgen sind bei Wegfall oder Reduzierung der Aufgaben/Leistung zu erwarten?

Ca. 150 Kinder, die nicht von SVE/SFZ in die Betreuungseinrichtung befördert werden können.

2.4 Welcher Einsparbetrag wäre generierbar?

2.4.1 Personalkosten	0 €
2.4.2 Sachkosten	250.000 €

3. Möglicher Realisierungszeitpunkt	Schuljahr 2021/2022
--------------------------------------------	---------------------

Aufgabenkritik in 2020 → Information über Vorschlag

Hinweise: Bitte jedes der unten stehenden farblich markierten Felder befüllen und insgesamt max. zwei bis drei Seiten!

Referat: Referat für Bildung und Sport	Dienststelle: Geschäftsbereich KITA-Fachberatung	Kurzbezeichnung: RBS-KITA-FB
Lfd. Nummer: 16		
Benennung des identifizierten Vorschlags: Sicherung des Projektes „Optimierung der hauswirtschaftlichen Versorgung“ in städt. Kitas		

1. Beschreibung und Einordnung der Aufgabe

1.1 Kurze Beschreibung der Leistung bzw. Aufgabe:

Das übergeordnete Ziel des Projektes „Optimierung der hauswirtschaftlichen Versorgung“ liegt in der Ressourcenoptimierung bei gleichzeitiger Verbesserung der Angebote der Bewirtschaftung und der Qualität der Versorgung der Kinder durch Frischkost in städtischen Kindertageseinrichtungen:

Das Projekt ist angelegt auf einen 5-Jahres-Zeitraum und soll im Projektzeitraum an 30 Kita-Standorten das Verpflegungssystem von Tiefkühl-Mischküche auf Frisch-Mischküche umstellen. Hierdurch sollen für den Geschäftsbereich KITA an Hand von Personal- und Sachmittelressourcen interne Steuerungsmöglichkeiten aufgezeigt werden, um diese auf Basis der gesetzlichen Grundlagen für die Kindertagesbetreuung zukünftig bestmöglich einzusetzen.

Konkrete Ziele sind dabei u.a.:

- das hauswirtschaftliche Personal im an- und ungelerten Bereich an den Projektstandorten für den Verpflegungssystemwechsel zu qualifizieren
- einen Prozess zur möglichst kostenneutralen Umstellung des Verpflegungssystems Tiefkühl- bzw. Kühlkost-Mischküche auf Frisch-Mischküche in Kindertageseinrichtungen mit der Altersgruppe der über-3-jährigen Kindern zu entwickeln
- eine Wirtschaftlichkeitsbetrachtung der Situation vor und nach dem Umstellungsprozess vorzulegen, aus der sich weitere Hinweise für ein grundsätzliches Umsteuerungsszenario in allen städtischen Kindertageseinrichtungen ableiten lassen
- die KITA-Qualitätsstandards in der hauswirtschaftlichen Versorgung durch gezielte Nachwuchsförderung (Ausbildungsstellen und Berufspraktikumsstellen) zu sichern

1.2 Aufgabenart

Freiwillige Aufgabe <input type="checkbox"/>	Rechtliche Pflichtaufgabe <input type="checkbox"/>
Rechtliche Grundlage/Stadtratsbeschluss/Sitzungsvorlage Nr./Sonstiges	BV Nr. 14-20/V16496 im Kinder- und Jugendhilfeausschuss am 05.11.2019, im Bildungsausschuss am 06.11.2019
Zuordnung zu Produkt	39365100 Kitaverwaltung; 39365200 Betrieb u. Steuerung städt. Tageseinrichtungen für Kinder
Kennzahlen	<u>Anzahl von Modellstandorten:</u> <u>2020:</u> 1 Pilotstandort; <u>2021 bis 2025:</u> 30 Modell-Kitas; danach sukzessive Ausweitung der übertragbaren Ergebnisse auf rund 300 städtische Kitas
Zuordnung zu strategischem Ziel	Q

2. Ergebnis der Aufgabenkritik	
2.1 Ist es notwendig, die Aufgabe künftig weiterhin zu erbringen?	
Ja <input type="checkbox"/>	Nein <input type="checkbox"/>
Ja das Leistungsangebot ist notwendig.	
Daher entfallen aufgrund der Priorisierung andere pädagogische Unterstützungsleistungen für die Kitas.	
2.2 Inwieweit kann der Geschäftsprozess optimiert werden; kann eine Digitalisierung erfolgen?	
Nein, nicht möglich.	
2.3 Welche Folgen sind bei Wegfall oder Reduzierung der Aufgaben/Leistung zu erwarten?	
Durch die Kompensation entfallen pädagogische Unterstützungsleistungen für Kitas. Es erfolgt eine Reduzierung und Priorisierung bei KITA	
2.4 Welcher Einsparbetrag wäre generierbar?	
2.4.1 Personalkosten	0 €
2.4.2 Sachkosten	0 €
3. Möglicher Realisierungszeitpunkt	01.07.2020 bis 31.12.2025

Aufgabenkritik in 2020 → Information über Vorschlag

Hinweise: Bitte jedes der unten stehenden farblich markierten Felder befüllen und insgesamt max. zwei bis drei Seiten!

Referat: Referat für Bildung und Sport	Dienststelle: Geschäftsbereich KITA, Abteilung Koordination und Aufsicht Freie Träger/ Freigemeinnützige und Sonstige Träger	Kurzbezeichnung: RBS-KITA-FT/FGS
Lfd. Nummer: 17		
Benennung des identifizierten Vorschlags: Keine Anmeldung weiterer VZÄ im Bereich FGS		

1. Beschreibung und Einordnung der Aufgabe	
1.1 Kurze Beschreibung der Leistung bzw. Aufgabe: Der Bereich RBS-KITA-FT/FGS ist Aufsichts- und Genehmigungsbehörde über aktuell 764 Kindertageseinrichtungen bei rd. 300 freigemeinnützigen und sonstigen Trägern. Er hat den gesetzlichen Auftrag zur Sicherung des Kindeswohls. Es handelt sich um Pflichtaufgaben nach §45 SGBVIII i.V.m §47 SGB VIII. Der Ausbau der Kindertageseinrichtung findet in erster Linie bei freien Trägern statt. Ein Rückgang der Fallzahlen ist nicht zu erwarten. Darüber hinaus führen die Ausweitung der Angebotsformen (Mini-Kita, Koga, Festanstellung von TPP etc.) und/oder Herausforderungen wie Corona oder Digitalisierung zu einer stetigen Aufgabenmehrung und Steigerung von Beratungsbedarfen der Träger, vermehrten Nachfragen, Beschwerden und neu zu klärenden Grundsatzfragen. Laut Stellenbemessung 2018 (POR) benötigt der Bereich 9,27 VZÄ (Sachbearbeitung) zur Aufgabenerledigung (ohne Anmeldung der Fortschreibung in 2020). Ohne entsprechende personelle Ausstattung muss mit einer längeren Bearbeitungsdauer von Anträgen, Meldungen und/oder Beschwerden, schlechterer Erreichbarkeit und/oder eingeschränktem Terminangebot gerechnet werden. Hinweis: In Bezug auf die angegebenen VZÄ sind leichte Abweichungen möglich. Diese können jedoch vernachlässigt werden, da ohnehin keine kapazitätsmäßigen Veränderungen vorgenommen werden sollen.	
1.2 Aufgabenart	
Freiwillige Aufgabe <input type="checkbox"/>	Rechtliche Pflichtaufgabe <input type="checkbox"/>
Rechtliche Grundlage/Stadtratsbeschluss/Sitzungsvorlage Nr./Sonstiges	SGB VIII / BV Nr. 14-20 /V 16122 am 08.10.2019 im Kinder- und Jugendhilfeausschuss und am 09.10.2019 im Bildungsausschuss / aktuelle Stellenbemessung
Zuordnung zu Produkt	39365300 Kitas in nicht-städt. Trägerschaft
Kennzahlen	<ul style="list-style-type: none"> • ca. 764 Kindertageseinrichtungen bei rd. 300 freigemeinnützigen und sonstigen Trägern • 85 Betriebserlaubnisse jährlich • 189 ZAM-Vorgänge (Beschwerden etc.)
Zuordnung zu strategischem Ziel	I

2. Ergebnis der Aufgabenkritik	
2.1 Ist es notwendig, die Aufgabe künftig weiterhin zu erbringen?	
Ja <input type="checkbox"/>	Nein <input type="checkbox"/>
2.2 Inwieweit kann der Geschäftsprozess optimiert werden; kann eine Digitalisierung erfolgen?	
teilweise möglich	
2.3 Welche Folgen sind bei Wegfall oder Reduzierung der Aufgaben/Leistung zu erwarten?	
<ul style="list-style-type: none"> • weniger Kundenservice, mehr Eigenverantwortung - geringere Steuerungstiefe • längere Bearbeitungszeit und damit verbunden mehr Beschwerden von Trägern und Eltern über lange Bearbeitungsdauer von Anträgen, Meldungen und/oder Beschwerden, schlechte Erreichbarkeit und/oder eingeschränktes Terminangebot - Pflichtaufgabe • verzögerte Inbetriebnahmen durch verlängerte Antragssachbearbeitung bei der Betriebserlaubnis - Rechtsanspruch, Öffentlichkeitswirksamkeit • Erklärungsprinzip, stichprobenartige Prüfung • Zurückfahren Ortsbesuche auf 12% der Einrichtungen im Jahr; FGS-Kitas werden ggf. über viele Jahre (8 und mehr) durch die Aufsicht nicht aufgesucht • Priorisierung von anlassbezogenen Aufgaben, Anträgen, Meldungen und/oder Beschwerden zu Lasten einer proaktiven Steuerung, Beratung und Information; Aufsicht wird vermehrt reaktiv (Beschwerden, Kindeswohl...) tätig • Anforderung an Träger, Informationen selbst abzurufen und Unterlagen zu digitalisieren • Gefahr von mangelnder Info bei Trägern mit Risiko ggf. erheblicher Zuschussverluste bei Falschangaben oder Fehleinschätzung • rückwirkende „Heilung“ von Fehl-/Falschangaben und/oder Verfristung nicht möglich 	
2.4 Welcher Einsparbetrag wäre generierbar?	
2.4.1 Personalkosten	0 €
2.4.2 Sachkosten	0 €
3. Möglicher Realisierungszeitpunkt	ab sofort

Aufgabenkritik in 2020 → Information über Vorschlag

Hinweise: Bitte jedes der unten stehenden farblich markierten Felder befüllen und insgesamt max. zwei bis drei Seiten!

Referat: Referat für Bildung und Sport	Dienststelle: Geschäftsbereich KITA, Abteilung Koordination und Aufsicht Freie Träger/Personalzustimmung	Kurzbezeichnung: RBS-KITA-FT/P
Lfd. Nummer: 18		
Benennung des identifizierten Vorschlags: Keine Anmeldung weiterer VZÄ im Bereich Personalzustimmung		

1. Beschreibung und Einordnung der Aufgabe	
1.1 Kurze Beschreibung der Leistung bzw. Aufgabe:	
<p>Der Bereich Personalzustimmung ist Teil der gesetzlichen Aufsicht für die aktuell 541 freigemeinnützigen und sonstigen Träger in München. Er prüft und entscheidet, ob in- und ausländische Abschlüsse von Bewerber*innen im Hinblick auf eine Tätigkeit als Fach- oder Ergänzungskraft in Kindertageseinrichtungen ausreichend sind.</p> <p>Die Prüfung erfolgt nur auf Antrag eines Trägers für dessen Bewerber*innen, die zwar keinen Abschluss als Erzieher*in oder Kinderpfleger*in vorweisen, aber pädagogische Qualifikationen und berufliche Erfahrungen im Bereich der Kindertagesbetreuung nachweisen können. Das Team Personalzustimmung berät zu Weiterqualifizierungen und Wegen der Gleichwertigkeitsanerkennung und koordiniert das Assistenzkraftmodell.</p> <p>Neue Programme des StMAS und des Bundes wie "Festanstellung von Tagespflegepersonen" sowie die Ausweitung von Angebotsformen wie Mini-Kitas, KoGA etc. führen im Bereich der Personalzustimmung zu einer stetigen Aufgabenmehrung und Steigerung von Beratungsbedarfen der Träger, vermehrten Nachfragen, Beschwerden und neu zu klärenden Grundsatzfragen. Aufgrund des immensen Fachkräftemangels und stetigen Ausbaus in München ist der Beratungsbedarf bei Trägern ungebrochen hoch. Es muss auch weiterhin mit steigenden Fallzahlen und Beratungsbedarfen gerechnet werden.</p> <p>Laut Stellenbemessung 2018 (POR) benötigt der Bereich 4,38 VZÄ (Sachbearbeitung) zur Aufgabenerledigung. Aktuell verfügt der Bereich über 2,5 VZÄ (Differenz 1,88 VZÄ). Dies schlägt sich in einer längeren Bearbeitungsdauer von Anträgen und/oder Widersprüchen, schlechterer Erreichbarkeit und/oder eingeschränktem Terminangebot und allgemein geringerer Servicequalität nieder.</p> <p>Hinweis: In Bezug auf die angegebenen VZÄ sind leichte Abweichungen möglich. Diese können jedoch vernachlässigt werden, da ohnehin keine kapazitätsmäßigen Veränderungen vorgenommen werden sollen.</p>	
1.2 Aufgabenart	
Freiwillige Aufgabe <input type="checkbox"/>	Rechtliche Pflichtaufgabe <input type="checkbox"/>
Rechtliche Grundlage/Stadtratsbeschluss/Sitzungsvorlage Nr./Sonstiges	SGB VIII / BV Nr. 14-20/V 12768 (Personalbedarfsermittlung) in der Vollversammlung am 24.10.2018 / aktuelle Stellenbemessung
Zuordnung zu Produkt	39365300 Kitas in nicht-städt. Trägerschaft
Kennzahlen	- ca. 2.400 Anträge auf Personalzustimmung im Jahr - 541 freigemeinnützige und sonstige Träger
Zuordnung zu strategischem Ziel	I

2. Ergebnis der Aufgabenkritik

2.1 Ist es notwendig, die Aufgabe künftig weiterhin zu erbringen?Ja Nein **2.2 Inwieweit kann der Geschäftsprozess optimiert werden; kann eine Digitalisierung erfolgen?**

teilweise möglich

2.3 Welche Folgen sind bei Wegfall oder Reduzierung der Aufgaben/Leistung zu erwarten?

- weniger Kundenservice, mehr Eigenverantwortung beim Träger- geringere Steuerungstiefe
- keine WV befristeter Bescheide, Verantwortung für Fristablauf /Zuschussverluste liegt beim Träger
- Erklärungsprinzip, stichprobenartige Prüfung
- keine Belegprüfung vor Ort
- Priorisierung von anlassbezogenen Aufgaben, Anträgen, Meldungen und/oder Beschwerden zu Lasten einer proaktiven Steuerung, Beratung und Information
- Anforderung an Träger, Informationen selbst abzurufen und Unterlagen zu digitalisieren
- reduziertes Beratungsangebot bei Voranfragen, Fragen zur Qualifizierung etc, Verweis auf BLJA
- längere Bearbeitungsdauer der Anträge der freien Träger und eine Verschlechterung der Erreichbarkeit der Verwaltung
- Beschwerden der Träger und Eltern, weil ohne positiven Bescheid das zustimmungspflichtige Personal in der Kita nicht eingesetzt werden kann
- Zuschussverluste bei den Trägern wegen Nichteinhaltung von AS und/oder Fachkraftquote bzw. geringere Buchungszeiten, geringere Kinderzahl
- Gefahr von mangelnder Info bei Trägern mit Risiko ggf. erheblicher Zuschussverluste bei Falschangaben oder Fehleinschätzung
- rückwirkende „Heilung“ von Fehl-/Falschangaben und/oder Verfristung nicht möglich
- Beschwerden der Eltern wegen Verringerung der Buchungszeiten und/oder verzögerte Aufnahme von Kindern
- verzögerte Inbetriebnahmen durch verlängerte Antragsbearbeitung
- Probleme bei der Umsetzung des Rechtsanspruchs
- Überforderung ehrenamtlicher Vorstände (EKI) durch reduziertes Beratungsangebot und höhere Anforderung an Träger, Informationen selbst abzurufen und Unterlagen zu digitalisieren
- mangelndes Controlling aufgrund Erklärungsprinzip, stichprobenartige Prüfung

2.4 Welcher Einsparbetrag wäre generierbar?

2.4.1 Personalkosten

0 €

2.4.2 Sachkosten

0 €

3. Möglicher Realisierungszeitpunkt

ab sofort

Aufgabenkritik in 2020 → Information über Vorschlag

Hinweise: Bitte jedes der unten stehenden farblich markierten Felder befüllen und insgesamt max. zwei bis drei Seiten!

Referat: Referat für Bildung und Sport	Dienststelle: Geschäftsbereich KITA, Abteilung Koordination und Aufsicht Freie Träger/Trägerauswahlverfahren	Kurzbezeichnung: RBS-KITA-FT/TAV
Lfd. Nummer: 19		
Benennung des identifizierten Vorschlags: - längere Bearbeitungsdauer der Ausschreibung und Abwicklung des gesamten Verfahrens - Rolle der Anlaufstelle für Betriebsträger wird aufgegeben - bei Fragen im Zusammenhang mit Säule 1 oder dem Bauunterhalt wird konsequent auf ZIM/Baureferat verwiesen. - keine Beratung und/oder Klärung von Themen wie Küchengerät fällt aus, Baufertigstellung und- verzögerung, Wasserschaden, Ungeziefer, Rechte und Pflichten "Mieter" etc. - Einstellen von Informationsveranstaltungen für interessierte Träger - weniger Kundenservice, mehr Eigenverantwortung: Anforderung an Träger, Informationen selbst abzurufen und Unterlagen zu digitalisieren - geringere Steuerungstiefe - Betriebsträger-Controlling		

1. Beschreibung und Einordnung der Aufgabe

1.1 Kurze Beschreibung der Leistung bzw. Aufgabe:

Mit Beschluss der Vollversammlung vom 26.01.2011 wurde festgelegt, dass grundsätzlich sämtliche ab 2012 fertig gestellten stadteigenen Immobilien der Kindertagesbetreuung nach öffentlicher Ausschreibung im Rahmen eines Auswahlverfahrens den Trägern zur "Betriebsträgerschaft" angeboten werden.

Der Bereich TAV ist zuständig für die Beratung und Öffentlichkeitsarbeit im Zusammenhang mit dem Trägerauswahlverfahren, die verwaltungsinterne Abwicklung des gesamten Verfahrens bis zum Vertragsabschluss unter Berücksichtigung von Formen und Fristen.

Er verantwortet ein sachliches, diskriminierungsfreies und transparentes Verfahren zur Überlassung und sorgt dafür, dass nach öffentlicher Ausschreibung städtische Immobilien zum Betrieb einer Kindertageseinrichtungen nur an geeignete freigemeinnützige und sonstige Träger im Sinne der Subsidiarität nach Art. 4 Abs.3 BayKiBiG überlassen werden.

Über den Trägerschaftsvertrag sind die Träger gebunden, die Kindertageseinrichtungen in Vollauslastung zu führen. Es ist sicherzustellen, dass die für den Betrieb geltenden Voraussetzungen, aber auch die Fördervoraussetzungen nach der Münchner Förderformel und dem Bayerischen Kinderbildungs- und -betreuungsgesetz über die gesamte Vertragslaufzeit erfüllt sind (z. B. Art. 19 BayKiBiG).

Das Controlling "Auslastung BT" wurde dem Bereich TAV zugeordnet.

In den letzten Jahren sind sowohl die Anzahl der Bewerbungen pro angebotener Kindertageseinrichtung als auch die Anzahl der Einrichtungen, die im Jahr angeboten werden, stetig gestiegen. Aufgrund des Ausbaus ist mit keinem Rückgang der Fallzahlen zu rechnen. Stark zugenommen haben ebenfalls die Pluralität der Träger (überregional, privat) und sogenannte „Sonderfälle“ wie z.B., dass der Zuschlag für eine Einrichtung an das Erfüllen von Bedingungen geknüpft wird wie beispielsweise Vorläufergruppen oder das Betreiben von Außenstellen.

Laut Stellenbemessung 2018 (POR) und Fortschreibung benötigt der Bereich 4,84 VZÄ (Sachbearbeitung) zur Aufgabenerledigung. Aktuell verfügt der Bereich über 2,32 VZÄ (Differenz 2,52 VZÄ). Ohne Stellenzuschaltung von 1,05 VZÄ können die vorgesehenen Trägerauswahlverfahren nicht wie geplant durchgeführt werden. Es muss mit einer längeren Bearbeitungsdauer der Auswahlverfahren, geringerer Steuerungstiefe (BT-Controlling) und schlechterer Erreichbarkeit gerechnet werden.

Hinweis: In Bezug auf die angegebenen VZÄ sind leichte Abweichungen möglich. Diese können jedoch vernachlässigt werden, da ohnehin keine kapazitätsmäßigen Veränderungen vorgenommen werden sollen.

1.2 Aufgabenart

Freiwillige Aufgabe <input type="checkbox"/>	Rechtliche Pflichtaufgabe <input type="checkbox"/>
Rechtliche Grundlage/Stadtratsbeschluss/Sitzungsvorlage Nr./Sonstiges	BV Nr. 14-20/V 12768 (Personalbedarfsermittlung) in der Vollversammlung am 24.10.2018 / BV Nr. 14-20 /V 16122 am 08.10.2019 im Kinder- und Jugendhilfeausschuss und am 09.10.2019 im Bildungsausschuss
Zuordnung zu Produkt	39365300 Kitas in nicht-städt. Trägerschaft
Kennzahlen	- 198 Einrichtungen in Betriebsträgerschaft - 15-20 Verfahren mit durchschnittlich 12 Bewerbungen
Zuordnung zu strategischem Ziel	I

2. Ergebnis der Aufgabenkritik

2.1 Ist es notwendig, die Aufgabe künftig weiterhin zu erbringen?

Ja Nein

2.2 Inwieweit kann der Geschäftsprozess optimiert werden; kann eine Digitalisierung erfolgen?

teilweise möglich

2.3 Welche Folgen sind bei Wegfall oder Reduzierung der Aufgaben/Leistung zu erwarten?

- mehr Beschwerden von Trägern und Eltern aufgrund Verzögerung von Auswahlverfahren mit der Folge einer späteren Überlassung und Inbetriebnahme (Versorgung der Kinder)
- Beschwerden aufgrund schlechterer Erreichbarkeit und/oder eingeschränktes Terminangebot (Rückmeldung an Träger, die keinen Zuschlag erhalten haben)
- Bewerberzahl und Bewerbungsqualität sinkt
- Eskalation bei baulichen Problemen
- Rückgang der Auslastung BT wegen geringer Steuerungstiefe (mangelndes Platzangebot)

2.4 Welcher Einsparbetrag wäre generierbar?

2.4.1 Personalkosten	keine Einsparung im laufenden Betrieb; 1,47 VZÄ werden nicht für den HH 21 angemeldet, 1,05 VZÄ können nicht kompensiert werden	0 €
2.3.2 Sachkosten		0 €

3. Möglicher Realisierungszeitpunkt

ab sofort

Aufgabenkritik in 2020 → Information über Vorschlag

Hinweise: Bitte jedes der unten stehenden farblich markierten Felder befüllen und insgesamt max. zwei bis drei Seiten!

Referat: Referat für Bildung und Sport	Dienststelle: Geschäftsbereich KITA, Abteilung Koordination und Aufsicht Freie Träger/Grundsatz	Kurzbezeichnung: RBS-KITA-FT/GS
Lfd. Nummer: 20		
Benennung des identifizierten Vorschlags: Keine Anmeldung von VZÄ im Bereich Grundsatz.		

1. Beschreibung und Einordnung der Aufgabe

1.1 Kurze Beschreibung der Leistung bzw. Aufgabe:

Die Grundsatz-Stelle bündelt die strategisch-konzeptionellen Aufgaben, insbesondere Pflichtaufgaben der Aufsicht, sie wurde im Rahmen der Umorganisation und Stellenbemessung POR (BV 14-20/ V 12768 Personalbedarfsermittlung) zur Steigerung von Effizienz und Effektivität gefordert. Die Grundsatz-Stelle sorgt dafür, dass eine Sachbearbeitung sich nicht zu einzelnen Fragestellungen immer wieder neu einarbeiten muss, um anschließend eine Abstimmung in der Abteilung herbeizuführen. Darüber hinaus wird sicher gestellt, dass das Verwaltungshandeln bei KITA-FT einheitlich und verbindlich erfolgt. Der Aufwand ist wesentlich höher, wenn diese Aufgabe den einzelnen Sachbearbeitungen zugeordnet wird. Die Einsparung besteht bereits in der Umorganisation. Weitere Einsparmöglichkeiten der 0,5 VZÄ-Stelle werden nicht gesehen. Der Bedarf wurde im Rahmen der Stellenbemessung 2018 (POR) bestätigt. Ohne die Stellenzuschaltung muss die Aufgabe wieder bei den Aufsichten KITA-FT eingegliedert und dort angemeldet werden.

Hinweis: In Bezug auf die angegebenen VZÄ sind leichte Abweichungen möglich. Diese können jedoch vernachlässigt werden, da ohnehin keine kapazitätsmäßigen Veränderungen vorgenommen werden sollen.

1.2 Aufgabenart

Freiwillige Aufgabe <input type="checkbox"/>	Rechtliche Pflichtaufgabe <input type="checkbox"/>
Rechtliche Grundlage/Stadtratsbeschluss/Sitzungsvorlage Nr./Sonstiges	SGB VIII / BV Nr. 14-20 /V 12768 in der Vollversammlung am 24.10.2018
Zuordnung zu Produkt	39365300 Kitas in nicht-städt. Trägerschaft
Kennzahlen	Anzahl Einrichtungen, Anzahl Träger:- aktuell 996 Kindertageseinrichtungen bei 541 freigemeinnützigen und sonstigen Trägern Anzahl ZAM- Vorgänge:189 (Beschwerden, Anfragen, etc.)
Zuordnung zu strategischem Ziel	Q

2. Ergebnis der Aufgabenkritik

2.1 Ist es notwendig, die Aufgabe künftig weiterhin zu erbringen?

Ja <input type="checkbox"/>	Nein <input type="checkbox"/>
-----------------------------	-------------------------------

2.2 Inwieweit kann der Geschäftsprozess optimiert werden; kann eine Digitalisierung erfolgen?

Nein, nicht möglich

2.3 Welche Folgen sind bei Wegfall oder Reduzierung der Aufgaben/Leistung zu erwarten?

- längere Bearbeitungszeit
- weniger Kundenservice, mehr Eigenverantwortung - geringere Steuerungstiefe
- Erklärungsprinzip, stichprobenartige Prüfung
- Anforderung an Träger, Informationen selbst abzurufen und Unterlagen zu digitalisieren
- Rückabwicklung der Umorganisation bei KITA-FT, die zur Optimierung und Einsparung von Personalressourcen mit dem POR entwickelt wurde
- die Klärung von Grundsatzangelegenheiten müsste wieder dezentral erfolgen- d.h höherer Personalaufwand nötig
- erhöhtes Risiko, dass einheitlicher Verwaltungsvollzug umgesetzt wird
- vermehrte Beschwerden von Trägern und Eltern, ggf. Widersprüche und Klagen
- zusätzliche Belastung der Aufsichts-Bereiche, die ihrerseits bereits große Herausforderungen bei der Aufgabenerledigung zu stemmen haben
- Unruhe und Beschwerden von Mitarbeiter*innen der betroffenen Arbeitsbereiche
- mehr Beschwerden von Trägern und Eltern über lange Bearbeitungsdauer von Anträgen, Meldungen und/oder Beschwerden, schlechte Erreichbarkeit und/oder eingeschränktes Terminangebot - Pflichtaufgabe
- verzögerte Inbetriebnahmen durch verlängerte Antragsbearbeitung bei der Betriebserlaubnis - Rechtsanspruch, Öffentlichkeitswirksamkeit
- Zurückfahren Ortsbesuche auf 12% der Einrichtungen im Jahr: FGS-Kitas werden ggf. über viele Jahre (8 und mehr) durch die Aufsicht nicht aufgesucht
- Priorisierung von anlassbezogenen Aufgaben, Anträgen, Meldungen und/oder Beschwerden zu Lasten einer proaktiven Steuerung, Beratung und Information; Aufsicht wird vermehrt reaktiv (Beschwerden, Kindeswohl...) tätig
- Gefahr von mangelnder Info bei Trägern mit Risiko ggf. erheblicher Zuschussverluste bei Falschangaben oder Fehleinschätzung
- rückwirkende „Heilung“ von Fehl-/Falschangaben und/oder Verfristung nicht möglich

2.4 Welcher Einsparbetrag wäre generierbar?

2.4.1 Personalkosten	0 €
----------------------	-----

2.4.2 Sachkosten	0 €
------------------	-----

3. Möglicher Realisierungszeitpunkt

ab sofort

Aufgabenkritik in 2020 → Information über Vorschlag

Hinweise: Bitte jedes der unten stehenden farblich markierten Felder befüllen und insgesamt max. zwei bis drei Seiten!

Referat: Referat für Bildung und Sport	Dienststelle: Geschäftsbereich KITA, Abteilung Koordination und Aufsicht Freie Träger/Stab Steuerungsunterstützung und Sonstige Sachbearbeitung	Kurzbezeichnung: RBS-KITA-FT/SU
Lfd. Nummer: 21		
Benennung des identifizierten Vorschlags: Keine Anmeldung von VZÄ im Bereich Steuerungsunterstützung und Sonstige Sachbearbeitung		

1. Beschreibung und Einordnung der Aufgabe

1.1 Kurze Beschreibung der Leistung bzw. Aufgabe:

Aufgrund des immensen Ausbaus der Kindertagesbetreuung, der Größe der Kommune und der wachsenden Bedeutung von Kindertagesbetreuung (Rechtsanspruch u.a.) haben Anfragen, statistische Umfragen und Verwaltungsaufgaben so zugenommen, dass diese Aufgaben ohne Zuschaltung von Personalressourcen nicht mehr in der erforderlichen Qualität und unter Einhaltung von Fristen erledigt werden können.

Die Stabs-Stelle Steuerungsunterstützung und Sonstige Sachbearbeitung wurde zur Optimierung der Verwaltungsabläufe und Schnittstellen sowie zur Bündelung der Verwaltungstätigkeiten bei KITA-FT im Rahmen der Organisationsentwicklung (2018 POR) geschaffen (Steigerung von Effizienz und Effektivität).

Zu den einzelnen Tätigkeiten gehören beispielsweise:

- Selbständiges Abfragen der Trägerlandschaft mit aktuell 996 Kindertageseinrichtungen zu unterschiedlichen Fragestellungen (z.B. zu Themen wie Inklusion, SprachKitas) aufgrund von Anfrage von z.B. Referatsleitung, Regierung von Obb., STMAS, Abteilungsleitung etc.
- Aufbereitung und Auswertung von Daten, Kennzahlen und Zahlenmaterial zur weiteren Verwendung für interne und externe Stellen,
- Durchführung von statistischen Arbeiten
- Fristenwahrung
- Mitwirkung Beschlussvorlagen
- Beantwortung von Anfragen
- Entwurf von standardisierten Antworten an Trägerlandschaft und Bürger*innen
- Koordination FachArge Kindertagesbetreuung §78 SGB VIII
- Erstellen von Präsentationen etc.

Laut Stellenbemessung 2018 (POR) benötigt KITA-FT 1,51 VZÄ zur Aufgabenerledigung. Ohne Stellenzuschaltung von 1,0 VZÄ müsste die Aufgabe den Fachbereichen zusätzlich zugeordnet werden. Der Aufwand wäre wesentlich höher und die Vielzahl von Anfragen und statistischen Arbeiten kann nicht in der Qualität erfolgen und es müsste mit einer verzögerten Bearbeitungsdauer ggf. Nichteinhaltung von Fristen gerechnet werden.

Hinweis: In Bezug auf die angegebenen VZÄ sind leichte Abweichungen möglich. Diese können jedoch vernachlässigt werden, da ohnehin keine kapazitätsmäßigen Veränderungen stattfinden sollen.

1.2 Aufgabenart

Freiwillige Aufgabe <input type="checkbox"/>	Rechtliche Pflichtaufgabe <input type="checkbox"/>
Rechtliche	SGB VIII / BV Nr. 14-20 /V 1276 (Personalbedarfsermittlung) in der

Grundlage/Stadtratsbeschluss/ Sitzungsvorlage Nr./Sonstiges	Vollversammlung am 24.10.2018/ aktuelle Stellenbemessung
Zuordnung zu Produkt	39365300 Kitas in nicht-städt. Trägerschaft
Kennzahlen	<ul style="list-style-type: none"> • aktuell 996 Kindertageseinrichtungen bei 541 freigemeinnützigen und sonstigen Trägern • 189 ZAM-Vorgänge (Beschwerden, Anfragen, etc.)
Zuordnung zu strategischem Ziel	S

2. Ergebnis der Aufgabenkritik

2.1 Ist es notwendig, die Aufgabe künftig weiterhin zu erbringen?

Ja Nein

2.2 Inwieweit kann der Geschäftsprozess optimiert werden; kann eine Digitalisierung erfolgen?

teilweise möglich

2.3 Welche Folgen sind bei Wegfall oder Reduzierung der Aufgaben/Leistung zu erwarten?

- weniger Kundenservice, mehr Eigenverantwortung - geringere Steuerungstiefe
- Erklärungsprinzip, stichprobenartige Prüfung
- Zurückfahren Ortsbesuche auf 12% der Einrichtungen im Jahr
- Priorisierung von anlassbezogenen Aufgaben, Anträgen, Meldungen und/oder Beschwerden zu Lasten einer proaktiven Steuerung, Beratung und Information
- Anforderung an Träger, Informationen selbst abzurufen und Unterlagen zu digitalisieren
- Rückabwicklung der Umorganisation bei KITA-FT, die zur Optimierung und Einsparung von Personalressourcen mit dem POR entwickelt wurde
- längere Bearbeitungszeiten übergreifender Tätigkeiten
- Zurückstellen statistischer Aufgaben bis Umsetzung Digitalisierung
- fehlende Ressourcen zu Controlling und Optimierung Verwaltungshandeln
- Gefahr der Verfristung von Vorgängen
- vermehrte Beschwerden interner und externer Stellen wie StMAS, Reg., anderer Referate etc.
- zusätzliche Belastung der Aufsichts-Bereiche, die ihrerseits bereits große Herausforderungen bei der Aufgabenerledigung zu stemmen haben
- Unruhe und Beschwerden von Mitarbeiter*innen der betroffenen Arbeitsbereiche

2.4 Welcher Einsparbetrag wäre generierbar?

2.4.1 Personalkosten	0 €
2.4.2 Sachkosten	0 €

3. Möglicher Realisierungszeitpunkt

ab sofort

Aufgabenkritik in 2020 → Information über Vorschlag

Hinweise: Bitte jedes der unten stehenden farblich markierten Felder befüllen und insgesamt max. zwei bis drei Seiten!

Referat: Referat für Bildung und Sport	Dienststelle: Geschäftsbereich KITA, Abteilung Koordination und Aufsicht Freie Träger/Eltern-Kind-Initiativen	Kurzbezeichnung: RBS-KITA-FT/EKI
Lfd. Nummer: 22		
Benennung des identifizierten Vorschlags: Keine Anmeldung weiterer VZÄ für den Bereich Eltern-Kind-Initiativen		

1. Beschreibung und Einordnung der Aufgabe

1.1 Kurze Beschreibung der Leistung bzw. Aufgabe:

Der Bereich RBS-KITA-FT/EKI ist Aufsichts- und Genehmigungsbehörde über aktuell 232 Eltern-Kind-Initiativen (EKIs). EKIs sind Kindertageseinrichtungen, die durch Elternvereine selbst organisiert und betrieben werden (ehrenamtliche Vorstände mit hohem Beratungsbedarf im Zusammenhang mit Gründung und Betrieb).

Der Bereich hat den gesetzlichen Auftrag zur Sicherung des Kindeswohls.

Es handelt sich um Pflichtaufgaben nach §45 SGB VIII i.V.m §47 SGB VIII.

Darüber hinaus ist er für die Bezuschussung der EKIs nach dem EKI-Fördermodell und für die enge Kooperation mit dem Kleinkindertagesstättenverein (KKT) als Interessenvertretung und Beratungsstelle für EKIs zuständig.

Seit 2019 können die EKIs über das neue Modell EKI-Plus von der vom Stadtrat beschlossenen Elternbeitragsentlastung profitieren. Dadurch haben sich für den Bereich zahlreiche neue Aufgaben wie z.B. Trägerausgleich, kitafinder+ etc. ergeben und der Beratungsbedarf der ehrenamtlich Tätigen ist noch einmal deutlich gestiegen.

Darüber hinaus führen Herausforderungen wie Corona oder Digitalisierung ebenfalls zu einer stetigen Aufgabemehrung und Steigerung von Beratungsbedarfen der Träger, vermehrten Nachfragen, Beschwerden und neu zu klärenden Grundsatzfragen.

Laut Stellenbemessung 2018 (POR) benötigt der Bereich 5,77 VZÄ (Sachbearbeitung) zur Aufgabenerledigung (ohne Aufwand EKI-Plus). Aktuell verfügt der Bereich über 4,66 VZÄ.

Ohne Stellenzuschaltung von 1,0 VZÄ muss mit einer längeren Bearbeitungsdauer von Anträgen, Meldungen und/oder Beschwerden, schlechterer Erreichbarkeit und/oder eingeschränktem Terminangebot, sowie einer verzögerten Zuschuss-Sachbearbeitung gerechnet werden.

Hinweis: In Bezug auf die angegebenen VZÄ sind leichte Abweichungen möglich. Diese können jedoch vernachlässigt werden, da ohnehin keine kapazitätsmäßigen Veränderungen vorgenommen werden sollen.

1.2 Aufgabenart

Freiwillige Aufgabe <input type="checkbox"/>	Rechtliche Pflichtaufgabe <input type="checkbox"/>
Rechtliche Grundlage/Stadtratsbeschluss/Sitzungsvorlage Nr./Sonstiges	SGB VIII / BV Nr. 14-20/V 12768 (Personalbedarfsermittlung) in der Vollversammlung am 24.10.2018 / aktuelle Stellenbemessung
Zuordnung zu Produkt	39365300 Kitas in nicht-städt. Trägerschaft
Kennzahlen	Anzahl Eltern-Kind-Initiativen bzw. Plätze: - ca. 232 Eltern-Kind-

	Initiativen mit 5.643 Plätzen bei rd. 226 freigemeinnützigen und sonstigen Trägern Budget: - ca. 13,2 Mio € EKI-Fördermittel Anzahl Betriebserlaubnisse: 19 Betriebserlaubnisse im Jahr
Zuordnung zu strategischem Ziel	I

2. Ergebnis der Aufgabenkritik

2.1 Ist es notwendig, die Aufgabe künftig weiterhin zu erbringen?

Ja <input type="checkbox"/>	Nein <input type="checkbox"/>
-----------------------------	-------------------------------

2.2 Inwieweit kann der Geschäftsprozess optimiert werden; kann eine Digitalisierung erfolgen?

teilweise möglich

2.3 Welche Folgen sind bei Wegfall oder Reduzierung der Aufgaben/Leistung zu erwarten?

- längere Bearbeitungszeit
- weniger Kundenservice, mehr Eigenverantwortung - geringere Steuerungstiefe
- Erklärungsprinzip, stichprobenartige Prüfung
- Anforderung an Träger, Informationen selbst abzurufen und Unterlagen zu digitalisieren
- mehr Beschwerden von Eltern (ehrenamtlichen Vorständen) über lange Bearbeitungsdauer von Anträgen, Meldungen und/oder Beschwerden, schlechte Erreichbarkeit und/oder eingeschränktes Terminangebot - Pflichtaufgabe
- verzögerte Inbetriebnahmen durch verlängerte Antragsbearbeitung bei der Betriebserlaubnis - Öffentlichkeitswirksamkeit
- verzögerte Zuschuss-Sachbearbeitung
- Reduzierung Ortsbesuche, Absenken Frequenz Planungsgespräche mit ehrenamtlichen Vorständen: EKIs können nur alle 2-3 Jahre vor Ort besucht werden (Planungsgespräch)
- Überforderung ehrenamtlicher Vorstände durch reduziertes Beratungsangebot und höhere Anforderung an Träger, Informationen selbst abzurufen und Unterlagen zu digitalisieren
- Priorisierung von anlassbezogenen Aufgaben, Anträgen, Meldungen und/oder Beschwerden zu Lasten einer proaktiven Steuerung, Beratung und Information; Aufsicht wird vermehrt reaktiv (Beschwerden, Kindeswohl...) tätig
- Gefahr von mangelnder Info bei Trägern mit Risiko ggf. erheblicher Zuschussverluste bei Falschangaben oder Fehleinschätzung
- mangelndes Controlling aufgrund Erklärungsprinzip, stichprobenartige Prüfung
- rückwirkende „Heilung“ von Fehl-/Falschangaben und/oder Verfristung nicht möglich

2.4 Welcher Einsparbetrag wäre generierbar?

keine Einsparung im laufenden Betrieb; 0,11 VZÄ werden nicht für den HH 21 angemeldet

2.4.1 Personalkosten	0 €
2.4.2 Sachkosten	0 €

3. Möglicher Realisierungszeitpunkt	ab sofort
--------------------------------------------	-----------

Aufgabenkritik in 2020 → Information über Vorschlag

Hinweise: Bitte jedes der unten stehenden farblich markierten Felder befüllen und insgesamt max. zwei bis drei Seiten!

Referat: Referat für Bildung und Sport	Dienststelle: KITA, Kommunikation und Marketing	Kurzbezeichnung: RBS-KITA-ÖA
Lfd. Nummer: 23		
Benennung des identifizierten Vorschlags: Realisierung einer Trägerübergreifenden Image-/Werbekampagne für die Berufsbilder in Münchner Kindertageseinrichtungen		

1. Beschreibung und Einordnung der Aufgabe	
1.1 Kurze Beschreibung der Leistung bzw. Aufgabe: Im KJHA am 05.11.19 wurde seitens der Träger gefordert, eine übergreifende Werbe-/Imagekampagne durchzuführen; im Anschluss wurden zwei Stadtratsanträge dazu gestellt, die noch nicht abgearbeitet sind.	
1.2 Aufgabenart	
Freiwillige Aufgabe <input type="checkbox"/>	Rechtliche Pflichtaufgabe <input type="checkbox"/>
Rechtliche Grundlage/Stadtratsbeschluss/Sitzungsvorlage Nr./Sonstiges	Stadtratsanträge: Antrag-Nr. 14-20 / A 6208 vom 19.11.2019 und 14-20 / A 6248 vom 21.11.2019
Zuordnung zu Produkt	39365100 Kitaverwaltung
Kennzahlen	Nicht vorhanden
Zuordnung zu strategischem Ziel	I

2. Ergebnis der Aufgabenkritik	
2.1 Ist es notwendig, die Aufgabe künftig weiterhin zu erbringen?	
Ja <input type="checkbox"/>	Nein <input type="checkbox"/>
Die Imagekampagne kann ohne weitere Sachmittel nicht realisiert werden.	
2.2 Inwieweit kann der Geschäftsprozess optimiert werden; kann eine Digitalisierung erfolgen?	
Eine Optimierung im eigenen Bereich ist nicht möglich, da sie nur zu Lasten der Personalakquise für den städtischen Träger erfolgen könnte. Dies ist angesichts des bestehenden Fachkräftemangels nicht vertretbar.	
2.3 Welche Folgen sind bei Wegfall oder Reduzierung der Aufgaben/Leistung zu erwarten?	
Um dennoch trägerübergreifend für die Berufsbilder zu werben, werden Gespräche mit der Trägerlandschaft zu möglichen kostenneutralen, gemeinsamen Aktionen geführt bzw. es wird ausgelotet, ob sich alle Träger finanziell beteiligen.	
2.4 Welcher Einsparbetrag wäre generierbar?	
2.4.1 Personalkosten	0 €

2.4.2 Sachkosten	0 €
------------------	-----

3. Möglicher Realisierungszeitpunkt	01.01.2021
--------------------------------------------	------------

Aufgabenkritik in 2020 → Information über Vorschlag

Hinweise: Bitte jedes der unten stehenden farblich markierten Felder befüllen und insgesamt max. zwei bis drei Seiten!

Referat: Referat für Bildung und Sport	Dienststelle: Geschäftsbereich KITA – Geschäftsstelle - Personal	Kurzbezeichnung: RBS-KITA-GSt-PuO
Lfd. Nummer: 24		
Benennung des identifizierten Vorschlags: Reduzierung des Services und des Prüfaufwandes bei der Bearbeitung des Fahrkostenzuschusses		

1. Beschreibung und Einordnung der Aufgabe

1.1 Kurze Beschreibung der Leistung bzw. Aufgabe:

Bei der Bearbeitung von Fahrkostenzuschüssen handelt es sich um eine freiwillige, auf Dauer angelegte Aufgabe. Die Anträge auf Fahrkostenzuschüsse für die Mitarbeiter*innen in den städtischen Kindertageseinrichtungen sind ganzjährig zu bearbeiten. In der Vollversammlung des Stadtrats vom 26.06.2019 wurde beschlossen, den Fahrkostenzuschuss ab 01.01.2020 neu zu gestalten. Dies bedeutet, dass bislang nur in bestimmten Einkommensgruppen der Fahrkostenzuschuss gewährt wurde und jetzt ab 01.01.2020 für alle Mitarbeiter*innen. Dadurch erhöht sich die Bearbeitung von derzeit ca. 400 bis 500 Fällen pro Jahr auf 6.500 Fälle, da die Bearbeitung ganzjährig stattfindet und nicht auf einem bestimmten Zeitraum beschränkt ist. Der Bedarf ergibt sich aufgrund der Neuregelung des Fahrkostenzuschusses zum 01.01.2020 (alle Mitarbeiter*innen der Stadtverwaltung können einen Fahrkostenzuschuss beantragen). Dadurch entsteht ein Mehrbedarf von 0,33 VZÄ.

Hinweis: In Bezug auf die angegebenen VZÄ sind leichte Abweichungen möglich. Diese können jedoch vernachlässigt werden, da ohnehin keine kapazitätsmäßigen Veränderungen vorgenommen werden sollen.

1.2 Aufgabenart

Freiwillige Aufgabe <input type="checkbox"/>	Rechtliche Pflichtaufgabe <input type="checkbox"/>
Rechtliche Grundlage/Stadtratsbeschluss/Sitzungsvorlage Nr./Sonstiges	BV Nr. 14-20/ V15056 in der Vollversammlung vom 26.06.2019
Zuordnung zu Produkt	39365100 Kitaverwaltung
Kennzahlen	Bis Ende 2019: ca. 500 Anträge pro Jahr Seit Januar 2020: ca. 6500 Anträge pro Jahr
Zuordnung zu strategischem Ziel	S

2. Ergebnis der Aufgabenkritik	
2.1 Ist es notwendig, die Aufgabe künftig weiterhin zu erbringen?	
Ja <input type="checkbox"/>	Nein <input type="checkbox"/>
2.2 Inwieweit kann der Geschäftsprozess optimiert werden; kann eine Digitalisierung erfolgen?	
Ja, möglich (Optimierungsmaßnahmen, wie z.B. die Optimierung der Abläufe; Digitalisierung im Antragsverfahren; Antrag wurde bereits beim POR gestellt. Es findet ein Workshop statt, jedoch ist mit einer Digitalisierung in nächster Zeit nicht zu rechnen)	
2.3 Welche Folgen sind bei Wegfall oder Reduzierung der Aufgaben/Leistung zu erwarten?	
<p>Falls keine Stellenzuschaltung erfolgt, wird sich die Qualität der Bearbeitung merklich verschlechtern, da die Anträge nicht mehr vollumfänglich geprüft werden können. Dadurch können fehlerhafte Erstattungen erfolgen.</p> <p>Zudem muss mit erheblich längerer Bearbeitungs- und Liegezeit gerechnet werden, was dazu führen wird, dass die Beschäftigten den Zuschuss mit erheblicher Verspätung erhalten.</p> <p>Ebenfalls muss das Beratungsangebot für die Mitarbeiter*innen erheblich eingeschränkt werden (keine telefonische Erreichbarkeit). Die Aufgaben können nur von Nachwuchskräften erledigt werden. Da diese aber sehr oft wechseln, ist ein sehr oft wiederkehrender Einarbeitungsaufwand notwendig. Da die Eingaben der Auszubildenden in paul@ auch nicht kontrolliert werden können, ist die Gefahr von Falscheingaben deutlich erhöht.</p>	
2.4 Welcher Einsparbetrag wäre generierbar?	
2.4.1 Personalkosten	0 €
2.4.2 Sachkosten	0 €
3. Möglicher Realisierungszeitpunkt	ab sofort

Aufgabenkritik in 2020 → Information über Vorschlag

Hinweise: Bitte jedes der unten stehenden farblich markierten Felder befüllen und insgesamt max. zwei bis drei Seiten!

Referat: Referat für Bildung und Sport	Dienststelle: Geschäftsbereich KITA – Geschäftsstelle - Personal	Kurzbezeichnung: RBS-KITA-GSt-PuO
Lfd. Nummer: 25		
Benennung des identifizierten Vorschlags: Reduzierung der Eingaben in der Zeitwirtschaft für das Personal an ca. 430 städtischen Kindertageseinrichtungen		

1. Beschreibung und Einordnung der Aufgabe

1.1 Kurze Beschreibung der Leistung bzw. Aufgabe:

Die Fallzahlen für das Pflegen der Zeitwirtschaft für ca. 430 Kindertageseinrichtungen mit insgesamt über 5.000 Dienstkräften (paul@) haben sich seit der letzten Stellenbemessung im Jahre 2011 um über 100 % erhöht.

Die Teilzeitquote stieg in den Einrichtungen in den letzten Jahren von 22 % auf 44 % an, so dass dadurch ebenfalls Mehrbedarf entstanden ist. Zudem wurden die Ausbildungszahlen deutlich erhöht (Verdoppelung SPS, Einführung Assistenzkraftmodell und OptiPrax-Modell).

Die Ergebnisse der Stellenbemessung ergaben einen Mehrbedarf von 2,7 VZÄ.

Ohne Stellenzuschaltung muss der Aufgabenumfang reduziert werden, Gleittage werden nicht mehr eingegeben.

Hinweis: In Bezug auf die angegebenen VZÄ sind leichte Abweichungen möglich. Diese können jedoch vernachlässigt werden, da ohnehin keine kapazitätsmäßigen Veränderungen vorgenommen werden sollen.

1.2 Aufgabenart

Freiwillige Aufgabe <input type="checkbox"/>	Rechtliche Pflichtaufgabe <input type="checkbox"/>
Rechtliche Grundlage/Stadtratsbeschluss/Sitzungsvorlage Nr./Sonstiges	BV Nr. 14-20/A12345 / aktuelle Stellenbemessung
Zuordnung zu Produkt	39365100 Kitaverwaltung
Kennzahlen	Fallzahlenerhöhung seit der letzten Stellenbemessung 2011 um über 100 %
Zuordnung zu strategischem Ziel	S

2. Ergebnis der Aufgabenkritik	
2.1 Ist es notwendig, die Aufgabe künftig weiterhin zu erbringen?	
Ja <input type="checkbox"/>	Nein <input type="checkbox"/>
2.2 Inwieweit kann der Geschäftsprozess optimiert werden; kann eine Digitalisierung erfolgen?	
Ja, möglich (Optimierungsmaßnahmen, wie z.B. die Optimierung der Abläufe, die Festlegung eines einheitlichen und verbindlichen Verwaltungshandelns, die Vorgabe, unnötige Aufgaben zu vermeiden, wurden bereits festgelegt.)	
2.3 Welche Folgen sind bei Wegfall oder Reduzierung der Aufgaben/Leistung zu erwarten?	
<p>Ohne Stellenzuschaltung können keine Gleittage mehr eingegeben werden, was zur Folge hätte, dass Basisprämien ausbezahlt werden, obwohl kein Anspruch besteht.</p> <p>Zudem muss mit erheblich längerer Bearbeitungszeit gerechnet werden, was dazu führen kann, dass notwendige Daten für die Personalleistungen nicht mehr zeitgerecht zur Verfügung gestellt werden können.</p> <p>Ebenfalls muss das Beratungsangebot für die Führungskräfte und Mitarbeiter*innen erheblich eingeschränkt werden.</p>	
2.4 Welcher Einsparbetrag wäre generierbar?	
2.4.1 Personalkosten	0 €
2.4.2 Sachkosten	0 €
3. Möglicher Realisierungszeitpunkt	01.01.2021

Aufgabenkritik in 2020 → Information über Vorschlag

Hinweise: Bitte jedes der unten stehenden farblich markierten Felder befüllen und insgesamt max. zwei bis drei Seiten!

Referat: Referat für Bildung und Sport	Dienststelle: Geschäftsbereich KITA – Geschäftsstelle - Personal	Kurzbezeichnung: RBS-KITA-GSt-PuO
Lfd. Nummer: 26		
Benennung des identifizierten Vorschlags: Reduzierung von PE-Instrumenten für das Personal an städtischen Kindertageseinrichtungen zur systematischen Identifizierung und gezielten Förderung von Führungsnachwuchs, Auswahl von FK (Ltg. und Stv. Ltg. des ST)		

1. Beschreibung und Einordnung der Aufgabe	
1.1 Kurze Beschreibung der Leistung bzw. Aufgabe: Kompetentes und verantwortungsvolles Führungsverhalten ist eine zentrale Stellschraube im Hinblick auf Personalpflege und Personalerhalt sowie auf die pädagogische Weiterentwicklung der städtischen Kindertageseinrichtungen. Gezielte Potenzialerkennung, Potenzialförderung und FK-Auswahl (für die städt. Einrichtungen) erfolgen nicht in dem erforderlichen qualitativen und quantitativen Ausmaß. Die vom POR stadtwweit verfügbaren PE-Instrumente für FK (Potenzialanalyse, AC) sind für Erziehungspersonal nicht verfügbar.	
1.2 Aufgabenart	
Freiwillige Aufgabe <input type="checkbox"/>	Rechtliche Pflichtaufgabe <input type="checkbox"/>
Rechtliche Grundlage/Stadtratsbeschluss/Sitzungsvorlage Nr./Sonstiges	Sitzungsvorlage Nr. 14-20 / V 02160 in der Vollversammlung vom 25.03.2015 (Kapitel 4.5.1, S. 58 ff. „Maßnahmen zur Abfederung des aktuellen Personalmangels“) / aktuelle Stellenbemessung
Zuordnung zu Produkt	39365100 Kitaverwaltung
Kennzahlen	Jährlich 10 Potenzialanalysen, hierfür Personalbedarf und Sachmittel analog zu POR. Anfangs zusätzlicher Mehraufwand für Konzeption und Pilotierungsphase
Zuordnung zu strategischem Ziel	Q, A

2. Ergebnis der Aufgabenkritik	
2.1 Ist es notwendig, die Aufgabe künftig weiterhin zu erbringen?	
Ja <input type="checkbox"/>	Nein <input type="checkbox"/>
2.2 Inwieweit kann der Geschäftsprozess optimiert werden; kann eine Digitalisierung erfolgen?	
Digitalisierung nur sehr eingeschränkt möglich. Evtl. Einsatz von Online-Tools (vgl. Standortbestimmung, Online-Selbsteinschätzung), aber auch dafür sind Mittel erforderlich.	
2.3 Welche Folgen sind bei Wegfall oder Reduzierung der Aufgaben/Leistung zu erwarten?	
<p>Gezielte Potenzialerkennung, Potenzialförderung und FK-Auswahl (für die städt. Einrichtungen) erfolgen nicht in dem erforderlichen qualitativen und quantitativen Ausmaß. Es stehen nicht ausreichend Bewerber*innen zur Verfügung, um Leitungsstellen (v.a. S9, S13 TVöD) besetzen zu können. Die vom POR stadtweit verfügbaren PE-Instrumente für FK (Potenzialanalyse, AC) sind für Erziehungspersonal nicht verfügbar, dies stellt eine Ungleichbehandlung dar. Der Auftrag des Stadtrates zur systematischen Kompetenzentwicklung für FK kann nur sehr rudimentär erfüllt werden. Darunter leidet die Führungsqualität, was sich sowohl auf das Personal als auch auf die Bürger*innen bzw. Kund*innen (Kinder/Eltern) auswirkt.</p> <p>Es war geplant, zusätzlich zum üblichen Verfahren, bei der Besetzung der frei werdenden Führungspositionen eine wissenschaftlich fundierte Auswahlmethode (Potenzialanalyse) zu entwickeln und einzusetzen, um diejenigen Personen zu identifizieren, die für diese anspruchsvolle Aufgabe besonders geeignet sind und das Führungsverständnis des Städtischen Trägers mittragen.</p>	
2.4 Welcher Einsparbetrag wäre generierbar?	
2.4.1 Personalkosten	0 €
2.4.2 Sachkosten	0 €
3. Möglicher Realisierungszeitpunkt	ab sofort

Aufgabenkritik in 2020 → Information über Vorschlag

Hinweise: Bitte jedes der unten stehenden farblich markierten Felder befüllen und insgesamt max. zwei bis drei Seiten!

Referat: Referat für Bildung und Sport	Dienststelle: Geschäftsbereich KITA – städtischer Träger	Kurzbezeichnung: RBS-KITA-ST-BS
Lfd. Nummer: 27		
Benennung des identifizierten Vorschlags: Betreuung Wikikita – Redaktion wird eingestellt.		

1. Beschreibung und Einordnung der Aufgabe

1.1 Kurze Beschreibung der Leistung bzw. Aufgabe:

u.a. Artikel schreiben, Artikelveränderungen umsetzen, aktuelle Termine einstellen, persönliche Beratung zu geplanten Artikeln, Formulare hochladen und Dokumente verlinken, redaktionelle Unterstützung der Artikelverfasser_innen, Artikel (redaktionell) kontrollieren und freigeben, Vermeidung von „Platzhalterartikeln“, Sicherstellung von qualitativ hochwertigem Informationsgehalt

1.2 Aufgabenart

Freiwillige Aufgabe <input type="checkbox"/>	Rechtliche Pflichtaufgabe <input type="checkbox"/>
Rechtliche Grundlage/Stadtratsbeschluss/Sitzungsvorlage Nr./Sonstiges	Beschlussfassung ursprünglich geplant Herbst 2020
Zuordnung zu Produkt	39365100 Kitaverwaltung
Kennzahlen	Nicht vorhanden
Zuordnung zu strategischen Ziel	Q, A

2. Ergebnis der Aufgabenkritik

2.1 Ist es notwendig, die Aufgabe künftig weiterhin zu erbringen?

Ja Nein

2.2 Inwieweit kann der Geschäftsprozess optimiert werden; kann eine Digitalisierung erfolgen?

Ist bereits erfolgt.

2.3 Welche Folgen sind bei Wegfall oder Reduzierung der Aufgaben/Leistung zu erwarten?

- Die WikiKita Redaktion wird zum Ende Oktober 2020 eingestellt
- Bereiche sind beim Aufbau und der Pflege der Onlineenzyklopädie auf sich alleine gestellt
- die Qualität der Artikel wird nicht mehr geprüft
- notwendiges Wissen steht nicht mehr in leicht abrufbarer Form zur Verfügung

2.4 Welcher Einsparbetrag wäre generierbar?

2.4.1 Personalkosten	0 €
2.4.2 Sachkosten	0 €

3. Möglicher Realisierungszeitpunkt	ab sofort
--------------------------------------------	-----------

Aufgabenkritik in 2020 → Information über Vorschlag

Hinweise: Bitte jedes der unten stehenden farblich markierten Felder befüllen und insgesamt max. zwei bis drei Seiten!

Referat: Referat für Bildung und Sport	Dienststelle: Geschäftsbereich KITA - Städtischer Träger	Kurzbezeichnung: RBS-KITA-ST
Lfd. Nummer: 28		
Benennung des identifizierten Vorschlags: KITA-ST-Stab Interne Kommunikation und Kultur im Städtischen Träger		

1. Beschreibung und Einordnung der Aufgabe

1.1 Kurze Beschreibung der Leistung bzw. Aufgabe:

Internes Informations- und Kommunikationsmanagement des Städtischen Trägers zur Verbesserung der MA-Zufriedenheit, MA-Bindung und internen Kommunikation

1.2 Aufgabenart

Freiwillige Aufgabe <input type="checkbox"/>	Rechtliche Pflichtaufgabe <input type="checkbox"/>
Rechtliche Grundlage/Stadtratsbeschluss/Sitzungsvorlage Nr./Sonstiges	BV Nr. 14-20/V02160 in der Vollversammlung vom 25.03.2015
Zuordnung zu Produkt	39365100 Kitaverwaltung
Kennzahlen	Anzahl Einrichtungen: Zielgruppe 400 Kitas Anzahl Beschäftigte: ca 5.500 Beschäftigte in den Bereichen Pädagogik, Hauswirtschaft und Verwaltung
Zuordnung zu strategischem Ziel	Q, A

2. Ergebnis der Aufgabenkritik

2.1 Ist es notwendig, die Aufgabe künftig weiterhin zu erbringen?

Ja Nein

2.2 Inwieweit kann der Geschäftsprozess optimiert werden; kann eine Digitalisierung erfolgen?

Die Leistung ist teilweise digitalisiert möglich, dennoch sind ein persönlicher Kontakt und eine persönliche Begleitung individuell notwendig.

2.3 Welche Folgen sind bei Wegfall oder Reduzierung der Aufgaben/Leistung zu erwarten?

Folgende Veranstaltungen (Personalpflege und Personalgewinnung) können nicht in gewohnter Form (Umfang und Qualität) Angeboten werden: Mitarbeiterinnen- und Mitarbeiterservice (Impulsveranstaltung, Weiterentwicklung), Begrüßungsveranstaltung für die Auszubildenden (Großstadtcafe, Anleiter*innenveranstaltung Beurlaubtentag), Konzeptionierung, Betreuung und Begleitung von Delegationen aus Ausbildungsstätten.

2.4 Welcher Einsparbetrag wäre generierbar?

2.4.1 Personalkosten	0 €
2.4.2 Sachkosten	0 €

3. Möglicher Realisierungszeitpunkt	ab sofort
--------------------------------------------	-----------

Aufgabenkritik in 2020 → Information über Vorschlag

Hinweise: Bitte jedes der unten stehenden farblich markierten Felder befüllen und insgesamt max. zwei bis drei Seiten!

Referat: Referat für Bildung und Sport	Dienststelle: Geschäftsbereich KITA – Geschäftsstelle- Stabsstelle/Organisation	Kurzbezeichnung: RBS-KITA-GSt-Stab/Orga
Lfd. Nummer: 29		
Benennung des identifizierten Vorschlags: Keine jährliche Prüfung und Anpassung Stellenplan für städt. Kitas bei Veränderung Ausstattungsverhältnis (AV) um mehr als 0,5; Keine jährliche Prüfung, ob für städt. Kitas Standortfaktor nach MFF erteilt werden kann		

1. Beschreibung und Einordnung der Aufgabe

1.1 Kurze Beschreibung der Leistung bzw. Aufgabe:

Der Aufgabenbereich der Stabsstelle Organisation hat sich in den letzten Jahren grundlegend verändert. V.a. auch durch die Einführung der Münchner Förderformel haben sich der Arbeitsaufwand und die damit verbundenen Tätigkeiten sowohl im strategisch-/konzeptionellen Bereich als auch in der Umsetzung deutlich erhöht.

Die Stabsstelle Organisation ist durch die direkte Anbindung bei der Geschäftsstellenleitung KITA auch vermehrt in bereichsübergreifende Themen eingebunden.

Auch die Einbindung in Arbeitsgruppen und Projekte ist deutlich erhöht, ebenso ist der Umfang bei der Bearbeitung und Einbindung bei Beschlussvorlagen und in die Beschlussplanung gestiegen.

Die Stellenbemessung wurde im Jahr 2017 unter Begleitung von RBS-GL 4.2 und in Abstimmung mit POR-P 3.31 durchgeführt. Ergebnis war ein Mehrbedarf von insgesamt 1,5 VZÄ.

Davon konnten bisher 1,0 VZÄ per Beschluss 2019 eingebracht werden.

Ohne die Zuschaltung:

Keine jährliche Prüfung und Anpassung Stellenplan für städt. Kitas nach Münchner Förderformel bei Veränderung Ausstattungsverhältnis (AV) um mehr als 0,5.

Keine jährliche Prüfung, ob für städt. Kitas Standortfaktor nach MFF erteilt werden kann.

1.2 Aufgabenart

Freiwillige Aufgabe <input type="checkbox"/>	Rechtliche Pflichtaufgabe <input type="checkbox"/>
Rechtliche Grundlage/Stadtratsbeschluss/Sitzungsvorlage Nr./Sonstiges	BV Nr. 14-20/V04093 in der Vollversammlung vom 19.11.2015/aktuelle Stellenbemessung
Zuordnung zu Produkt	39365100 Kitaverwaltung
Kennzahlen	Anzahl zu prüfender Kitas: 427 Anzahl der Neuberechnungen AV: 51 Kitas (12%) Anzahl zu prüfender Kitas: 50 Anzahl der Neuberechnungen Standortfaktor: ca. 5 Kitas (ca.3%)
Zuordnung zu strategischem Ziel	B

2. Ergebnis der Aufgabenkritik

2.1 Ist es notwendig, die Aufgabe künftig weiterhin zu erbringen?

Ja <input type="checkbox"/>	Nein <input type="checkbox"/>
2.2 Inwieweit kann der Geschäftsprozess optimiert werden; kann eine Digitalisierung erfolgen?	
evtl. digitale Unterstützung vorstellbar, keine vollständige Digitalisierung	
2.3 Welche Folgen sind bei Wegfall oder Reduzierung der Aufgaben/Leistung zu erwarten?	
<p>Ungleichbehandlung in der Ausstattung der städtischen Kitas. Kitas, die zu gut ausgestattet sind, behalten Stellen. Kitas, die zu schlecht ausgestattet sind, erhalten Zuschaltung nur auf eigene Initiative. Bei Kitas mit schlechterer Ausstattung erfolgt evtl. keine Kinderaufnahme, da Aufnahme nur bis MFF-Anstellungsschlüssel erfolgt (aktuelle Vorgabe); müsste Vorgabe erfolgen, dass auch Aufnahme bei schlechterem MFF- Anstellungsschlüssel erfolgt.</p> <p>Falls kein Impuls von Kita bzgl. Standortfaktor, erfolgt keine Prüfung;</p> <p>Ohne diese Leistung erfolgt eine Prüfung nur alle 3 Jahre. Wenn die Kita-Leitung keine Änderung beantragt bzw. eine Änderung nicht größer als 0,5 ist, müssen Schieflagen für diesen Zeitraum in Kauf genommen werden.</p>	
2.4 Welcher Einsparbetrag wäre generierbar?	
2.4.1 Personalkosten	0 €
2.4.2 Sachkosten	0 €
3. Möglicher Realisierungszeitpunkt	ab sofort

Aufgabenkritik in 2020 → Information über Vorschlag

Hinweise: Bitte jedes der unten stehenden farblich markierten Felder befüllen und insgesamt max. zwei bis drei Seiten!

Referat: Referat für Bildung und Sport	Dienststelle: KITA, Stabsstelle Strategie und Grundsatz, KITA-Elternberatung	Kurzbezeichnung: RBS-KITA-SUG
Lfd. Nummer: 30		
Benennung des identifizierten Vorschlags: Verwaltung und Beratung KITA Elternberatung: Für 1 VZÄ in A8/E9a bzw. QE2 Verwaltungsdienst erfolgt keine Anmeldung zum HH trotz vorliegender Stellenbemessung		

1. Beschreibung und Einordnung der Aufgabe	
1.1 Kurze Beschreibung der Leistung bzw. Aufgabe: KITA Elternberatung berät Münchner Familien und erfüllt mit Angebot eines Betreuungsplatzes den Rechtsanspruch auf Frühe Förderung gemäß § 24 SGB VIII im Sinne der LH München	
1.2 Aufgabenart	
Freiwillige Aufgabe <input type="checkbox"/>	Rechtliche Pflichtaufgabe <input type="checkbox"/>
Rechtliche Grundlage/Stadtratsbeschluss/Sitzungsvorlage Nr./Sonstiges	Stadtratsbeschluss Nr. 08-14 / V 11202 vom 19.03.2013
Zuordnung zu Produkt	39365100 Kitaverwaltung
Kennzahlen	Anstieg von Beratungen (persönlich, telefonisch, per E-Mail) insgesamt von 8.273 Kontakten pro Jahr (2013) auf 41.006 Kontakte pro Jahr (2019). (Stellenbemessung nach Kennzahlen)
Zuordnung zu strategischem Ziel	S/B

2. Ergebnis der Aufgabenkritik	
2.1 Ist es notwendig, die Aufgabe künftig weiterhin zu erbringen?	
Ja <input type="checkbox"/>	Nein <input type="checkbox"/>
Anfragen von Bürger*innen steigen jährlich, Rechtsanspruch auf Beratung gemäß § 24 SGB VIII	
2.2 Inwieweit kann der Geschäftsprozess optimiert werden; kann eine Digitalisierung erfolgen?	
Ja, möglich (Persönliche, telefonische und Mail Beratung notwendig. Optimierung durch Digitalisierung, z.B. Beratungstelefon im Home Office bedienen können)	
2.3 Welche Folgen sind bei Wegfall oder Reduzierung der Aufgaben/Leistung zu erwarten?	
Längere Wartezeiten für anfragende Bürger*innen, mehr Beschwerden, Zunahme von Klagen gegen die LH München	
2.4 Welcher Einsparbetrag wäre generierbar?	
2.4.1 Personalkosten	0 €
2.4.2 Sachkosten	0 €

3. Möglicher Realisierungszeitpunkt	01.01.2021
--------------------------------------------	------------

Aufgabenkritik in 2020 → Information über Vorschlag

Hinweise: Bitte jedes der unten stehenden farblich markierten Felder befüllen und insgesamt max. zwei bis drei Seiten!

Referat: Referat für Bildung und Sport	Dienststelle: Geschäftsbereich KITA, Städtischer Träger, Zentrale Gebührenstelle	Kurzbezeichnung: RBS-KITA-ST-ZG
Lfd. Nummer: 31		
Benennung des identifizierten Vorschlags: Kooperative Ganztagsbildung, 1,5 VZÄ Sachbearbeitung A8/E8		

1. Beschreibung und Einordnung der Aufgabe

1.1 Kurze Beschreibung der Leistung bzw. Aufgabe:

- Berechnung und Festsetzung der Gebühren für die Kindertageseinrichtungen in städtischer Trägerschaft
- Berechnung und Feststellung der maßgeblichen Einkünfte für die Festsetzung der Elternentgelte durch die freigemeinnützigen und sonstigen Träger (freie Träger) im Rahmen der Münchner Förderformel (MFF) - hier in analoger Anwendung auf die Einrichtungen des kooperativen Ganztags
- Abrechnung der Verpflegungsgelder für die Essensteilnehmer*innen vom Kooperativen Ganztage, vom gebundenen Ganztage, vom offenen Ganztage sowie von Kindern, die nur am Essen teilnehmen an den Modellstandorten (nur städtisch)
- Abrechnung der Gebühren für die Kinder, für die nur Ferienbetreuung gebucht wird (nur städtisch)

1.2 Aufgabenart

Freiwillige Aufgabe <input type="checkbox"/>	Rechtliche Pflichtaufgabe <input type="checkbox"/>
Rechtliche Grundlage/Stadtratsbeschluss/Sitzungsvorlage Nr./Sonstiges	<ul style="list-style-type: none"> • Vollversammlung; Beschluss Nr. 14-20 V 14058, 10.04.2019 • Beschlussfassung ursprünglich geplant Herbst 2020 für Ausweitung um 1,5 VZÄ <p>freiwillige Aufgabe hinsichtlich Einkommensberechnung für freie Träger Pflichtaufgabe hinsichtlich Gebührenfestsetzung Kitas in städtischer Trägerschaft (Rechtsgrundlage: Kindertageseinrichtungsgebührensatzung)</p>
Zuordnung zu Produkt	39365100 Kita-Verwaltung
Kennzahlen	Fallzahl, Anzahl der Kinder, Anzahl Bescheide (für freie Träger nicht auswertbar, sondern nur schätzbar)
Zuordnung zu strategischen Ziel	I

2. Ergebnis der Aufgabenkritik	
2.1 Ist es notwendig, die Aufgabe künftig weiterhin zu erbringen?	
Ja <input type="checkbox"/>	Nein <input type="checkbox"/>
Ein Wegfall oder eine Reduzierung der Aufgabe ist nicht realistisch, da der Rechtsanspruch auf Nachmittagsbetreuung bis spätestens 2025 realisiert sein muss und KoGa derzeit das Mittel der Wahl ist.	
2.2 Inwieweit kann der Geschäftsprozess optimiert werden; kann eine Digitalisierung erfolgen?	
Nein nicht möglich. Besonders arbeitsintensiv ist die flexible Ferienbuchung, die in ihrer Komplexität derzeit im IT-Fachverfahren K@RL nicht abgebildet werden kann und daher für die Verpflegungsgeldabrechnung manuelle workarounds erfordert. Ein weniger flexibles Angebot widerspräche aber dem Wesen des KoGa.	
Eingespart werden könnten grds. Anschreiben an Eltern, in denen diese auf fehlende Unterlagen hingewiesen werden. Fraglich ist allerdings ob dies nicht letztlich zu einem höheren Aufwand führen würde, weil evtl. deutlich mehr Änderungsbescheide zu erstellen wären.	
Voraussetzung für eine Vereinfachung oder Automatisierung der Verpflegungsgeldabrechnung für Ferienbücher wäre eine taggenaue Verpflegungsgeldabrechnung im IT-Fachverfahren K@RL; dies ist nach der bestehenden Programmlogik nicht umsetzbar und in der aktuellen Digitalisierungsstrategie nicht vorgesehen.	
Denkbar wäre eine grundlegende und sehr aufwändige Umprogrammierung von K@RL.	
2.3 Welche Folgen sind bei Wegfall oder Reduzierung der Aufgaben/Leistung zu erwarten?	
Da ein Wegfall oder eine Reduzierung der Aufgabe nicht realistisch ist (siehe unter 2.1) würde eine unzureichende Personalausstattung zu längeren Bearbeitungszeiten und Verzögerungen bei der Bescheiderstellung führen. Dies steigert sich mit zunehmendem Ausbau des KoGa => die Zahlungspflichtigen erhalten ihre Gebührenbescheide und die freien Träger ihre Feststellungsbescheide zunehmend später	
2.4 Welcher Einsparbetrag wäre generierbar?	
Keine Einsparung vorhandener Stellen; 1,5 VzÄ werden nicht zum HH 21 angemeldet (Sachbearbeitung QE2, BesGr. A8/EntgGr. E8 TVöD, Verwaltungsdienst) Hinweis: In Bezug auf die angegebenen VzÄ sind leichte Abweichungen möglich. Diese können jedoch vernachlässigt werden, da ohnehin keine kapazitätsmäßigen Veränderungen vorgenommen werden sollen.	
2.4.1 Personalkosten	0 €
2.4.2 Sachkosten	0 €
3. Möglicher Realisierungszeitpunkt	01.01.2023

Aufgabenkritik in 2020 → Information über Vorschlag

Hinweise: Bitte jedes der unten stehenden farblich markierten Felder befüllen und insgesamt max. zwei bis drei Seiten!

Referat: Referat für Bildung und Sport	Dienststelle: Geschäftsbereich KITA – Geschäftsstelle - Zuschuss	Kurzbezeichnung: RBS-KITA-GSt-Z
Lfd. Nummer: 32		
Benennung des identifizierten Vorschlags: Reduzierung des Prüfumfangs bei der gesetzlichen Betriebskostenförderung und der Münchner Förderformel		

1. Beschreibung und Einordnung der Aufgabe	
<p>1.1 Kurze Beschreibung der Leistung bzw. Aufgabe: RBS-KITA-GSt-Z ist zuständig für die finanzielle Förderung aller Kindertageseinrichtungen in der Landeshauptstadt München nach dem Bayerischen Kinderbildungs- und -betreuungsgesetz (BayKiBiG) mit Ausnahme der Investitionsförderung. Dabei werden sowohl für die von der Landeshauptstadt München selbst betriebenen Kindertageseinrichtungen die Fördermittel generiert als auch für die Einrichtungen in freigemeinnütziger und sonstiger Trägerschaft die Fördermittel geprüft, verbeschrieben und ausbezahlt sowie mit der Regierung von Oberbayern abgerechnet. Dadurch wird die finanzielle Ausstattung für den Betrieb aller geförderten Kindertageseinrichtungen in München sichergestellt. Als freiwillige, über die gesetzliche Förderung durch das BayKiBiG hinausgehende Leistung wird darüber hinaus bei RBS-KITA-GSt-Z die Förderung zur Münchner Förderformel vollzogen. Mit Stadtratsbeschluss vom 19.10.2016 (Sitzungsvorlage Nr. 14-20 / V 06747) wurde ein fortschreibungsfähiges Personalbemessungsinstrument beschlossen. „Grundlage für die Stellenbemessung bildeten die 51 modellierten Soll-Prozesse. Mittels ABC-Analyse wurden von diesen 51 Prozessen insgesamt 16 Kernprozesse ausgewählt, die über 80 % des Arbeitsaufwands bei RBS-KITA-GSt-Z verursachen.“ Aufgrund der Zunahme der Kindertageseinrichtungen im Allgemeinen und der Einrichtungen mit MFF-Förderung in den vergangenen Jahren ergibt sich ein Personalmehrbedarf von 13 VZÄ (Stand Oktober 2019). Zusätzlich: Kooperative Ganztagsbildung: Abrechnung Ausgleichszahlungen für das entstandene Defizit und manuelle Berechnung der pauschalierten BayKiBiG-Förderung; Münchenezulage und Fahrkostenzuschuss für freie Träger; Mehraufwand derzeit noch nicht bemessen</p>	
1.2 Aufgabenart	
Freiwillige Aufgabe <input type="checkbox"/>	Rechtliche Pflichtaufgabe <input type="checkbox"/>
Rechtliche Grundlage/Stadtratsbeschluss/Sitzungsvorlage Nr./Sonstiges	Art. 18 ff. BayKiBiG / aktuelle Stellenbemessung / Vollversammlung; Beschluss Nr. 14-20 V 14058, 10.04.2019
Zuordnung zu Produkt	39365100 (39365200 und 39365300)
Kennzahlen	1489 Einrichtungen in freier Trägerschaft und 535 städtische Einrichtungen
Zuordnung zu strategischen Ziel	S, B, D

2. Ergebnis der Aufgabenkritik	
2.1 Ist es notwendig, die Aufgabe künftig weiterhin zu erbringen?	
Ja <input type="checkbox"/>	Nein <input type="checkbox"/>
2.2 Inwieweit kann der Geschäftsprozess optimiert werden; kann eine Digitalisierung erfolgen?	
<p>Ja, möglich. Auf den Beschluss „KITA Digitalisierungsstufe 2: Förderung gemäß Münchner-Förder-Formel inkl. digitaler Antragsstellung für Freie Träger“ vom 14.10.2020 wird verwiesen hinsichtlich Digitalisierung.</p> <p>Derzeit wird mit Recht und Innenrevision abgestimmt, wie eine Aufgabenkritik im Zuschuss aussehen kann: Ideen sind</p> <p>a) Prüfumfang b) Umstellung einzelner Prüfinhalte auf das Erklärungsprinzip. c) MFF Faktoren pauschalisieren (Stadtratsbeschluss notwendig) d) Abgabe von Belegprüfungen für die gesetzliche Betriebskostenförderung, die derzeit freiwillig für die Reg. von Oberbayern übernommen werden</p> <p>In welchem Umfang die Aufgabenkritik greift, ist derzeit nicht absehbar.</p>	
2.3 Welche Folgen sind bei Wegfall oder Reduzierung der Aufgaben/Leistung zu erwarten?	
<p>Die Konsequenzen sind derzeit nicht absehbar. Die Aufgabenkritik kann nur eine Interimslösung sein. Das RBS beabsichtigt, den Stellenmehrbedarf weiterhin in den Stadtrat einzubringen.</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Zeiten der Antragsbearbeitung verlängern sich (finanzielle Auswirkung auf Liquidität der Träger) 2. berechnete Beschwerden von Trägern 3. Klagerisiken 4. Arbeitsbelastung für die Mitarbeiter*innen wird höher und erzeugt Stress und kann krankheitsbedingte Ausfälle nach sich ziehen → noch mehr Belastung für die verbleibenden MA*innen 	
2.4 Welcher Einsparbetrag wäre generierbar?	
2.4.1 Personalkosten	0 €
2.4.2 Sachkosten	0 €
3. Möglicher Realisierungszeitpunkt	ab sofort

Aufgabenkritik in 2020 → Information über Vorschlag

Hinweise: Bitte jedes der unten stehenden farblich markierten Felder befüllen und insgesamt max. zwei bis drei Seiten!

Referat: Referat für Bildung und Sport	Dienststelle: Geschäftsbereich Pädagogisches Institut – Zentrum für Kommunales Bildungsmanagement	Kurzbezeichnung: RBS-PI-ZKB
Lfd. Nummer: 33		
Benennung des identifizierten Vorschlags: Fort- und Weiterbildung		

1. Beschreibung und Einordnung der Aufgabe	
1.1 Kurze Beschreibung der Leistung bzw. Aufgabe: Konzeption eines Fort- und Weiterbildungsangebotes sowie die Durchführung der Fort- und Weiterbildungsveranstaltungen	
1.2 Aufgabenart	
Freiwillige Aufgabe <input type="checkbox"/>	Rechtliche Pflichtaufgabe <input type="checkbox"/>
Rechtliche Grundlage/Stadtratsbeschluss/Sitzungsvorlage Nr./Sonstiges	BV <i>Gründungsbeschluss PI - Studie über das „Pädagogisches Institut München“ im Schulreferat</i> (ohne Nr.) im Schulausschuss vom 25.06.1969 (VV am 02.07.1969)
Zuordnung zu Produkt	39243500 Pädagogisches Institut -ZKB
Kennzahlen	Anzahl der Teilnehmer*innen; Durchführungsquote, Auslastung und Zufriedenheit
Zuordnung zu strategischem Ziel	Q

2. Ergebnis der Aufgabenkritik	
2.1 Ist es notwendig, die Aufgabe künftig weiterhin zu erbringen?	
Ja <input type="checkbox"/>	Nein <input type="checkbox"/>
2.2 Inwieweit kann der Geschäftsprozess optimiert werden; kann eine Digitalisierung erfolgen?	
Ja, möglich. Veranstaltungen werden teilweise bereits digital umgesetzt, was aktuell noch mit Mehrkosten und größerem Verwaltungsaufwand verbunden ist.	
2.3 Welche Folgen sind bei Wegfall oder Reduzierung der Aufgaben/Leistung zu erwarten?	
Diverse Folgen hinsichtlich Qualität und Umfang des Fort- und Weiterbildungsangebots sind zu erwarten. Außerdem ist die Reduzierung der Aufenthalte in externen Tagungshäusern, z.B. bei pädagogischen Konferenzen, denkbar. Mögliches Einsparpotential liegt bei 100.000,00 €.	
Grundsätzlich ist zudem ein reduziertes Angebot an Fort- und Weiterbildungsveranstaltungen, z.B. fakultative didaktische Fortbildungen für Lehr- und Erziehungskräfte, zu erwarten. Mögliches Einsparpotential liegt bei 155.000,00 €.	

2.4 Welcher Einsparbetrag wäre generierbar?	
2.4.1 Personalkosten	0 €
2.4.2 Sachkosten	255.000 €
3. Möglicher Realisierungszeitpunkt	ab sofort

Aufgabenkritik in 2020 → Information über Vorschlag

Hinweise: Bitte jedes der unten stehenden farblich markierten Felder befüllen und insgesamt max. zwei bis drei Seiten!

Referat: Referat für Bildung und Sport	Dienststelle: Geschäftsbereich Pädagogisches Institut – Zentrum für Kommunales Bildungsmanagement	Kurzbezeichnung: RBS-PI-ZKB
Lfd. Nummer: 34		
Benennung des identifizierten Vorschlags: Veranstaltungen/ Programme für Kinder und Jugendliche		

1. Beschreibung und Einordnung der Aufgabe	
1.1 Kurze Beschreibung der Leistung bzw. Aufgabe: Konzeption und Durchführung von Veranstaltungen bzw. Programmen für Kinder und Jugendliche	
1.2 Aufgabenart	
Freiwillige Aufgabe <input type="checkbox"/>	Rechtliche Pflichtaufgabe <input type="checkbox"/>
Rechtliche Grundlage/Stadtratsbeschluss/Sitzungsvorlage Nr./Sonstiges	BV <i>Neukonzeptionierung der Politischen Bildung</i> (Nr. 08-14 / V10981) im Ausschuss für Bildung und Sport vom 30.01.2013 u.w.
Zuordnung zu Produkt	39243500 Pädagogisches Institut - ZKB
Kennzahlen	Anzahl der Teilnehmer*innen; Durchführungsquote, Auslastung und Zufriedenheit
Zuordnung zu strategischem Ziel	B

2. Ergebnis der Aufgabenkritik	
2.1 Ist es notwendig, die Aufgabe künftig weiterhin zu erbringen?	
Ja <input type="checkbox"/>	Nein <input type="checkbox"/>
2.2 Inwieweit kann der Geschäftsprozess optimiert werden; kann eine Digitalisierung erfolgen?	
Ja, möglich. Veranstaltungen werden teilweise bereits digital umgesetzt, was aktuell noch mit Mehrkosten und größerem Verwaltungsaufwand verbunden ist	
2.3 Welche Folgen sind bei Wegfall oder Reduzierung der Aufgaben/Leistung zu erwarten?	
Diverse Folgen hinsichtlich Qualität und Umfang der Veranstaltungen bzw. Programme für Kinder und Jugendliche, z.B. diverse Veranstaltungen der politischen Bildung, der kulturellen Bildung sowie der Medienpädagogik für Kinder und Jugendliche, sind zu erwarten.	
2.4 Welcher Einsparbetrag wäre generierbar?	
2.4.1 Personalkosten	0 €

2.4.2 Sachkosten	50.000,00 €
------------------	-------------

3. Möglicher Realisierungszeitpunkt	ab sofort
--------------------------------------------	-----------

Aufgabenkritik in 2020 → Information über Vorschlag

Hinweise: Bitte jedes der unten stehenden farblich markierten Felder befüllen und insgesamt max. zwei bis drei Seiten!

Referat: Referat für Bildung und Sport	Dienststelle: Geschäftsbereich Pädagogisches Institut – Zentrum für Kommunales Bildungsmanagement	Kurzbezeichnung: RBS-PI-ZKB
Lfd. Nummer: 35		
Benennung des identifizierten Vorschlags: Bezuschussung von pädagogischen Maßnahmen für Lehr- und Erziehungskräfte sowie Kinder und Jugendliche		

1. Beschreibung und Einordnung der Aufgabe	
1.1 Kurze Beschreibung der Leistung bzw. Aufgabe: Bezuschussung von pädagogischen Maßnahmen für Lehr- und Erziehungskräfte sowie Kinder und Jugendliche, wie beispielsweise Zuschuss der Fortbildungen anderer Träger	
1.2 Aufgabenart	
Freiwillige Aufgabe <input type="checkbox"/>	Rechtliche Pflichtaufgabe <input type="checkbox"/>
Rechtliche Grundlage/Stadtratsbeschluss/Sitzungsvorlage Nr./Sonstiges!	diverse Beschlüsse
Zuordnung zu Produkt	39243500 Pädagogisches Institut - ZKB
Kennzahlen	Anzahl der Teilnehmer*innen; Durchführungsquote, Auslastung und Zufriedenheit
Zuordnung zu strategischem Ziel	B

2. Ergebnis der Aufgabenkritik	
2.1 Ist es notwendig, die Aufgabe künftig weiterhin zu erbringen?	
Ja <input type="checkbox"/>	Nein <input type="checkbox"/>
2.2 Inwieweit kann der Geschäftsprozess optimiert werden; kann eine Digitalisierung erfolgen?	
Ja, möglich. Maßnahmen werden teilweise bereits digital umgesetzt, was aktuell noch mit Mehrkosten und größerem Verwaltungsaufwand verbunden ist.	
2.3 Welche Folgen sind bei Wegfall oder Reduzierung der Aufgaben/Leistung zu erwarten?	
Diverse Folgen hinsichtlich Qualität und Umfang der pädagogischen Maßnahmen, z.B. Maßnahmen für den schulischen Einsatz spezifischer Maschinen im beruflichen Bereich, sind zu erwarten.	
2.4 Welcher Einsparbetrag wäre generierbar?	
2.4.1 Personalkosten	0 €

2.4.2 Sachkosten	20.000,00 €
3. Möglicher Realisierungszeitpunkt	ab sofort

Aufgabenkritik in 2020 → Information über Vorschlag

Hinweise: Bitte jedes der unten stehenden farblich markierten Felder befüllen und insgesamt max. zwei bis drei Seiten!

Referat: Referat für Bildung und Sport	Dienststelle: Geschäftsbereich Pädagogisches Institut – Zentrum für Kommunales Bildungsmanagement	Kurzbezeichnung: RBS-PI-ZKB
Lfd. Nummer: 36		
Benennung des identifizierten Vorschlags: Bildungsberatung		

1. Beschreibung und Einordnung der Aufgabe	
1.1 Kurze Beschreibung der Leistung bzw. Aufgabe: Bildungsberatung zu vorhandenen Angeboten des Bildungssystems zur Orientierung und Unterstützung im Rahmen der schulischen Chancen von Kindern und Jugendlichen als auch für die allgemeine und berufliche Qualifizierung von Erwachsenen.	
1.2 Aufgabenart	
Freiwillige Aufgabe <input type="checkbox"/>	Rechtliche Pflichtaufgabe <input type="checkbox"/>
Rechtliche Grundlage/Stadtratsbeschluss/Sitzungsvorlage Nr./Sonstiges	diverse Beschlüsse
Zuordnung zu Produkt	39243500 Pädagogisches Institut - ZKB
Kennzahlen	Anzahl der Teilnehmer*innen; Durchführungsquote, Auslastung und Zufriedenheit
Zuordnung zu strategischem Ziel	B

2. Ergebnis der Aufgabenkritik	
2.1 Ist es notwendig, die Aufgabe künftig weiterhin zu erbringen?	
Ja <input type="checkbox"/>	Nein <input type="checkbox"/>
2.2 Inwieweit kann der Geschäftsprozess optimiert werden; kann eine Digitalisierung erfolgen?	
Ja, möglich. Teilweise Digitalisierung erfolgt derzeit und führt teilweise zur Qualitätsverbesserung des Angebots, jedoch nicht zur Arbeitsreduzierung.	
2.3 Welche Folgen sind bei Wegfall oder Reduzierung der Aufgaben/Leistung zu erwarten?	
Diverse Folgen hinsichtlich Qualität und Umfang der Angebote der Bildungsberatung, z.B. negative Entwicklungen der Bildungs- und Berufsbiografien durch den Beratungsmangel, Folgekosten, Wegfall wertvoller Kooperations- und Unterstützungsfunktionen zu anderen Geschäftsbereichen und Referaten, Wegfall der Unterstützung von Schulen durch Bereitstellen von Informationen und Sicherung der Beratungsqualität, Wegfall der Mitarbeit am Ziel „München wird inklusiv“, sind zu erwarten.	

2.4 Welcher Einsparbetrag wäre generierbar?	
2.4.1 Personalkosten	0 €
2.4.2 Sachkosten	0 €
3. Möglicher Realisierungszeitpunkt	ab sofort

Aufgabenkritik in 2020 → Information über Vorschlag

Hinweise: Bitte jedes der unten stehenden farblich markierten Felder befüllen und insgesamt max. zwei bis drei Seiten!

Referat: Referat für Bildung und Sport	Dienststelle: Geschäftsbereich Pädagogisches Institut – Zentrum für Kommunales Bildungsmanagement	Kurzbezeichnung: RBS-PI-ZKB
Lfd. Nummer: 37		
Benennung des identifizierten Vorschlags: Durchführung von Besuchen internationaler Delegationen		

1. Beschreibung und Einordnung der Aufgabe	
1.1 Kurze Beschreibung der Leistung bzw. Aufgabe: Durchführung von Besuchen internationaler Delegationen im Hinblick auf die Koordination der Anfragen und Organisation sowie Begleitung des Besuchs	
1.2 Aufgabenart	
Freiwillige Aufgabe <input type="checkbox"/>	Rechtliche Pflichtaufgabe <input type="checkbox"/>
Rechtliche Grundlage/Stadtratsbeschluss/Sitzungsvorlage Nr./Sonstiges	nicht vorhanden
Zuordnung zu Produkt	39243500 Pädagogisches Institut - ZKB
Kennzahlen	Anzahl der Teilnehmer*innen und durchgeführten Delegationsbesuche; Zufriedenheit; Mehrwert für LHM
Zuordnung zu strategischem Ziel	S

2. Ergebnis der Aufgabenkritik	
2.1 Ist es notwendig, die Aufgabe künftig weiterhin zu erbringen?	
Ja <input type="checkbox"/>	Nein <input type="checkbox"/>
2.2 Inwieweit kann der Geschäftsprozess optimiert werden; kann eine Digitalisierung erfolgen?	
Ja, möglich. Die Optimierung des Geschäftsprozesses ist stadtwweit bereits erfolgt. Die Umstellung auf digitale Formate ist nicht sinnvoll oder zielführend.	
2.3 Welche Folgen sind bei Wegfall oder Reduzierung der Aufgaben/Leistung zu erwarten?	
Folgen für die referatsübergreifende Kooperation und Außenwirkung der Landeshauptstadt München im Hinblick eines Imageverlusts für den Geschäftsbereich RBS-PI-ZKB sowie das RBS durch potenziell geringere Präsenz sind zu erwarten.	
2.4 Welcher Einsparbetrag wäre generierbar?	
2.4.1 Personalkosten	0 €

2.4.2 Sachkosten		0 €
3. Möglicher Realisierungszeitpunkt		ab sofort

Aufgabenkritik in 2020 → Information über Vorschlag

Hinweise: Bitte jedes der unten stehenden farblich markierten Felder befüllen und insgesamt max. zwei bis drei Seiten!

Referat: Referat für Bildung und Sport	Dienststelle: Geschäftsbereich Pädagogisches Institut – Zentrum für Kommunales Bildungsmanagement	Kurzbezeichnung: RBS-PI-ZKB
Lfd. Nummer: 38		
Benennung des identifizierten Vorschlags: Printmedien		

1. Beschreibung und Einordnung der Aufgabe	
1.1 Kurze Beschreibung der Leistung bzw. Aufgabe: Ausgestaltung und Aufbereitung verschiedenster Themenkomplexes des RBS-PI-ZKB in Form von Printmedien	
1.2 Aufgabenart	
Freiwillige Aufgabe <input type="checkbox"/>	Rechtliche Pflichtaufgabe <input type="checkbox"/>
Rechtliche Grundlage/Stadtratsbeschluss/Sitzungsvorlage Nr./Sonstiges	diverse Beschlüsse
Zuordnung zu Produkt	39243500 Pädagogisches Institut -ZKB
Kennzahlen	Anzahl der gedruckten Exemplare diverser Printmedien
Zuordnung zu strategischem Ziel	S

2. Ergebnis der Aufgabenkritik	
2.1 Ist es notwendig, die Aufgabe künftig weiterhin zu erbringen?	
Ja <input type="checkbox"/>	Nein <input type="checkbox"/>
2.2 Inwieweit kann der Geschäftsprozess optimiert werden; kann eine Digitalisierung erfolgen?	
Ja, möglich. Veröffentlichung diverser Printmedien in reduzierter bzw. ausschließlich digitaler Form.	
2.3 Welche Folgen sind bei Wegfall oder Reduzierung der Aufgaben/Leistung zu erwarten?	
Eingeschränkte Kommunikation bzw. Außendarstellung/-wirkung und der Verlust eines spezifischen Medienkanals sowie die dahingehend eingeschränkte Dokumentation sind zu erwarten.	
2.4 Welcher Einsparbetrag wäre generierbar?	
2.4.1 Personalkosten	0 €
2.4.2 Sachkosten	25.000,00 €
3. Möglicher Realisierungszeitpunkt	ab sofort

Aufgabenkritik in 2020 → Information über Vorschlag

Hinweise: Bitte jedes der unten stehenden farblich markierten Felder befüllen und insgesamt max. zwei bis drei Seiten!

Referat: Referat für Bildung und Sport	Dienststelle Stabsstelle Recht	Kurzbezeichnung: RBS-Recht
Lfd. Nummer: 39		
Benennung des identifizierten Vorschlags: Datenschutzorganisation unter Geltung der DSGVO		

1. Beschreibung und Einordnung der Aufgabe	
1.1 Kurze Beschreibung der Leistung bzw. Aufgabe: Schulung und Awarenessmaßnahmen, Datenschutzcontrolling, Datenschutzmanagement, Datenschutzfolgeabschätzungen, Auftragsdatenvereinbarungen erstellen etc. im Kontext der Datenschutzorganisation unter Geltung der DSGVO	
1.2 Aufgabenart	
Freiwillige Aufgabe <input type="checkbox"/>	Rechtliche Pflichtaufgabe <input type="checkbox"/>
Rechtliche Grundlage/Stadtratsbeschluss/Sitzungsvorlage Nr./Sonstiges	DSGVO BV <i>Datenschutzreform 2018</i> <i>Umsetzung der europäischen Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) (Bericht und Finanzierungsvorschlag) (Nr. 14-20 / V10080) im Verwaltungs- und Personalausschuss vom 08.11.2017 (VV am 23.11.2017)</i>
Zuordnung zu Produkt	39111000 Overhead
Kennzahlen	nicht vorhanden
Zuordnung zu strategischem Ziel	S

2. Ergebnis der Aufgabenkritik	
2.1 Ist es notwendig, die Aufgabe künftig weiterhin zu erbringen?	
Ja <input type="checkbox"/>	Nein <input type="checkbox"/>
2.2 Inwieweit kann der Geschäftsprozess optimiert werden; kann eine Digitalisierung erfolgen?	
Ja, möglich. Die Optimierung und Digitalisierung ist teilweise bereits erfolgt.	
2.3 Welche Folgen sind bei Wegfall oder Reduzierung der Aufgaben/Leistung zu erwarten?	
Ggf. sind vermehrte Rechtsverstöße zu erwarten.	
2.4 Welcher Einsparbetrag wäre generierbar?	
2.4.1 Personalkosten	0 €
2.4.2 Sachkosten	0 €

3. Möglicher Realisierungszeitpunkt	ab sofort
--------------------------------------------	-----------

Aufgabenkritik in 2020 → Information über Vorschlag

Hinweise: Bitte jedes der unten stehenden farblich markierten Felder befüllen und insgesamt max. zwei bis drei Seiten!

Referat: Referat für Bildung und Sport	Dienststelle Stabsstelle Recht	Kurzbezeichnung: RBS-Recht
Lfd. Nummer: 40		
Benennung des identifizierten Vorschlags: Aufgabenübergang im Kontext der Pachtverträge an das Kommunalreferat		

1. Beschreibung und Einordnung der Aufgabe	
1.1 Kurze Beschreibung der Leistung bzw. Aufgabe: Bearbeitung bzw. Prüfung von Pachtverträgen (insbesondere Mensapachten) und Mietverträgen bei Vermietungen gegen Entgelt	
1.2 Aufgabenart	
Freiwillige Aufgabe <input type="checkbox"/>	Rechtliche Pflichtaufgabe <input type="checkbox"/>
Rechtliche Grundlage/Stadtratsbeschluss/Sitzungsvorlage Nr./Sonstiges	Schriftformerfordernis aus Art.38 Abs.2 GO im Kontext Vertragsbedingungen
Zuordnung zu Produkt	39111000 Overhead
Kennzahlen	nicht vorhanden
Zuordnung zu strategischem Ziel	I

2. Ergebnis der Aufgabenkritik	
2.1 Ist es notwendig, die Aufgabe künftig weiterhin zu erbringen?	
Ja <input type="checkbox"/>	Nein <input type="checkbox"/>
Die Zuständigkeit sollte eindeutig bei Kommunalreferat festgelegt werden, da hier aufgrund des Know-How eine effizientere Bearbeitung möglich wird.	
2.2 Inwieweit kann der Geschäftsprozess optimiert werden; kann eine Digitalisierung erfolgen?	
Ja, möglich. Zuständigkeiten bündeln.	
2.3 Welche Folgen sind bei Wegfall oder Reduzierung der Aufgaben/Leistung zu erwarten?	
Durch die Optimierung ist eine synergetische und ressourcenschonende Aufgabenerledigung im Hinblick auf notwendige, vertragliche Regelungen im Rahmen der Überlassung von Mensen zu erwarten.	
2.4 Welcher Einsparbetrag wäre generierbar?	
2.4.1 Personalkosten	0 €
2.4.2 Sachkosten	0 €

3. Möglicher Realisierungszeitpunkt	01.01.2021
--------------------------------------------	------------

Aufgabenkritik in 2020 → Information über Vorschlag

Hinweise: Bitte jedes der unten stehenden farblich markierten Felder befüllen und insgesamt max. zwei bis drei Seiten!

Referat: Referat für Bildung und Sport	Dienststelle: Geschäftsbereich Sport	Kurzbezeichnung: RBS-SPA
Lfd. Nummer: 41		
Benennung des identifizierten Vorschlags: Einstellung der Veranstaltung „Fachtag Kita“		

1. Beschreibung und Einordnung der Aufgabe	
1.1 Kurze Beschreibung der Leistung bzw. Aufgabe: Durchführung eines Fachtages zu Psychomotorik und Bewegung (alle zwei Jahre) für Kinderpfleger*innen und Erzieher*innen	
1.2 Aufgabenart	
Freiwillige Aufgabe <input type="checkbox"/>	Rechtliche Pflichtaufgabe <input type="checkbox"/>
Rechtliche Grundlage/Stadtratsbeschluss/Sitzungsvorlage Nr./Sonstiges	nicht vorhanden
Zuordnung zu Produkt	39421100 Sportveranstaltungen
Kennzahlen	Anzahl der Teilnehmer*innen und Besucher*innen
Zuordnung zu strategischem Ziel	B

2. Ergebnis der Aufgabenkritik	
2.1 Ist es notwendig, die Aufgabe künftig weiterhin zu erbringen?	
Ja <input type="checkbox"/>	Nein <input type="checkbox"/>
Keine messbaren Effekte eines Fachtages auf das Bewegungsverhalten von Kindern und Jugendlichen	
2.2 Inwieweit kann der Geschäftsprozess optimiert werden; kann eine Digitalisierung erfolgen?	
Nein, nicht möglich.	
2.3 Welche Folgen sind bei Wegfall oder Reduzierung der Aufgaben/Leistung zu erwarten?	
Wegfall eines Angebotes gegenüber dem Geschäftsbereich KITA	
2.4 Welcher Einsparbetrag wäre generierbar?	
2.4.1 Personalkosten	0 €
2.4.2 Sachkosten	30.000 €

3. Möglicher Realisierungszeitpunkt	ab sofort
--------------------------------------------	-----------

Aufgabenkritik in 2020 → Information über Vorschlag

Hinweise: Bitte jedes der unten stehenden farblich markierten Felder befüllen und insgesamt max. zwei bis drei Seiten!

Referat: Referat für Bildung und Sport	Dienststelle: Geschäftsbereich Sport	Kurzbezeichnung: RBS-SPA
Lfd. Nummer: 42		
Benennung des identifizierten Vorschlags: Inklusion und Integration im Sport - Reduzierung der Teilprojekte Leuchtturmveranstaltung und Qualifizierungsmaßnahmen		

1. Beschreibung und Einordnung der Aufgabe	
1.1 Kurze Beschreibung der Leistung bzw. Aufgabe: Die Teilprojekte Leuchtturmveranstaltung und Qualifizierungsmaßnahmen fördern das Bewusstsein für Fragen aus dem Bereich der Inklusion bzw. Integration und vermitteln Methoden/Techniken zum richtigen Umgang mit der Thematik im Arbeitsumfeld.	
1.2 Aufgabenart	
Freiwillige Aufgabe <input type="checkbox"/>	Rechtliche Pflichtaufgabe <input type="checkbox"/>
Rechtliche Grundlage/Stadtratsbeschluss/Sitzungsvorlage Nr./Sonstiges	nicht vorhanden
Zuordnung zu Produkt	39421100 Sportveranstaltungen
Kennzahlen	Anzahl der Teilnehmer*innen bei Veranstaltungen und Qualifizierungsmaßnahmen
Zuordnung zu strategischem Ziel	B

2. Ergebnis der Aufgabenkritik	
2.1 Ist es notwendig, die Aufgabe künftig weiterhin zu erbringen?	
Ja <input type="checkbox"/>	Nein <input type="checkbox"/>
Kosten-Nutzen-Verhältnis ungünstig	
2.2 Inwieweit kann der Geschäftsprozess optimiert werden; kann eine Digitalisierung erfolgen?	
Nein, nicht möglich.	
2.3 Welche Folgen sind bei Wegfall oder Reduzierung der Aufgaben zu erwarten?	
Einbußen in der Darstellung der Netzwerkpartner (z.B. BVS) und in der Fortbildung von Übungsleiter*innen	
2.4 Welcher Einsparbetrag wäre generierbar?	
2.4.1 Personalkosten	0 €

2.4.2 Sachkosten	0 €
3. Möglicher Realisierungszeitpunkt	ab sofort

Aufgabenkritik in 2020 → Information über Vorschlag

Hinweise: Bitte jedes der unten stehenden farblich markierten Felder befüllen und insgesamt max. zwei bis drei Seiten!

Referat: Referat für Bildung und Sport	Dienststelle: Geschäftsbereich Sport	Kurzbezeichnung: RBS-SPA
Lfd. Nummer: 43		
Benennung des identifizierten Vorschlags: Einsparung Inlinemodule Eis- und Funsportzentren Ost und West		

1. Beschreibung und Einordnung der Aufgabe	
1.1 Kurze Beschreibung der Leistung bzw. Aufgabe: Aufbau, Prüfung durch ext. Firma, Reparatur ggf. durch ext. Firma, Ausbau, Einlagerung von Inlinemodulen Eis- und Funsportzentren Ost und West	
1.2 Aufgabenart	
Freiwillige Aufgabe <input type="checkbox"/>	Rechtliche Pflichtaufgabe <input type="checkbox"/>
Rechtliche Grundlage/Stadtratsbeschluss/Sitzungsvorlage Nr./Sonstiges	nicht vorhanden
Zuordnung zu Produkt	39424100 Sportstätten
Kennzahlen	nicht vorhanden
Zuordnung zu strategischem Ziel	I

2. Ergebnis der Aufgabenkritik	
2.1 Ist es notwendig, die Aufgabe künftig weiterhin zu erbringen?	
Ja <input type="checkbox"/>	Nein <input type="checkbox"/>
2.2 Inwieweit kann der Geschäftsprozess optimiert werden; kann eine Digitalisierung erfolgen?	
Nein, nicht möglich.	
2.3 Welche Folgen sind bei Wegfall oder Reduzierung der Aufgaben/Leistung zu erwarten?	
Entfall der Zurverfügungstellung von Inlinemodulen Sportlich: Keine. Das BauR, HA Gartenbau hat in den letzten Jahren eine große Anzahl an Modul-Parks errichtet. Die Möglichkeit der Inline-Nutzung durch z.B. Vereine bleibt erhalten. Lediglich Wegfall der Module. Finanziell: Keine Lagergebühren für Spedition mehr. Keine TÜV-Prüfungen mehr. Keine Reparatur-/Ersatzbeschaffungen mehr.	
2.4 Welcher Einsparbetrag wäre generierbar?	
2.4.1 Personalkosten	0 €

2.4.2 Sachkosten	7.400 €
3. Möglicher Realisierungszeitpunkt	ab sofort

Aufgabenkritik in 2020 → Information über Vorschlag

Hinweise: Bitte jedes der unten stehenden farblich markierten Felder befüllen und insgesamt max. zwei bis drei Seiten!

Referat: Referat für Bildung und Sport	Dienststelle: Geschäftsbereich Sport	Kurzbezeichnung: RBS-SPA
Lfd. Nummer: 44		
Benennung des identifizierten Vorschlags: Reduzierung der Stellenzahl i.H.v. 0,5 VZÄ (derzeit nicht besetzt) bei der Planung von Schul- und Breitensportanlagen		

1. Beschreibung und Einordnung der Aufgabe	
1.1 Kurze Beschreibung der Leistung bzw. Aufgabe: Mitwirkung bei Schulbauprojekten (Sicherung sportfachlicher Bedarfe)	
1.2 Aufgabenart	
Freiwillige Aufgabe <input type="checkbox"/>	Rechtliche Pflichtaufgabe <input type="checkbox"/>
Rechtliche Grundlage/Stadtratsbeschluss/Sitzungsvorlage Nr./Sonstiges	Sicherstellung der schulaufsichtlichen Genehmigung durch die Regierung von Oberbayern
Zuordnung zu Produkt	39424100 Sportstätten
Kennzahlen	nicht vorhanden
Zuordnung zu strategischem Ziel	I

2. Ergebnis der Aufgabenkritik	
2.1 Ist es notwendig, die Aufgabe künftig weiterhin zu erbringen?	
Ja <input type="checkbox"/>	Nein <input type="checkbox"/>
Die Aufgabenquantität ist rückläufig.	
2.2 Inwieweit kann der Geschäftsprozess optimiert werden; kann eine Digitalisierung erfolgen?	
Nein, nicht möglich.	
2.3 Welche Folgen sind bei Wegfall oder Reduzierung der Aufgaben/Leistung zu erwarten?	
Keine Folgen sind zu erwarten.	
2.4 Welcher Einsparbetrag wäre generierbar?	
2.4.1 Personalkosten	37.115 €
2.4.2 Sachkosten	0 €
3. Möglicher Realisierungszeitpunkt	ab sofort

Aufgabenkritik in 2020 → Information über Vorschlag

Hinweise: Bitte jedes der unten stehenden farblich markierten Felder befüllen und insgesamt max. zwei bis drei Seiten!

Referat: Referat für Bildung und Sport	Dienststelle: Geschäftsbereich Sport	Kurzbezeichnung: RBS-SPA
Lfd. Nummer: 45		
Benennung des identifizierten Vorschlags: Einstellung Spielgeräteverleih an externe Kunden		

1. Beschreibung und Einordnung der Aufgabe	
1.1 Kurze Beschreibung der Leistung bzw. Aufgabe: Einschränkung der Verleihungen im Bereich Freizeitsport, Spielgeräteverleih; Verleih an externe Kunden wird eingestellt, lediglich Verleih an interne Kunden (Schulen, Kitas, Bildungslokale etc.) wird fortgeführt	
1.2 Aufgabenart	
Freiwillige Aufgabe <input type="checkbox"/>	Rechtliche Pflichtaufgabe <input type="checkbox"/>
Rechtliche Grundlage/Stadtratsbeschluss/Sitzungsvorlage Nr./Sonstiges	nicht vorhanden
Zuordnung zu Produkt	39424100 Sportstätten
Kennzahlen	Anzahl der Verleihvorgänge
Zuordnung zu strategischem Ziel	B

2. Ergebnis der Aufgabenkritik	
2.1 Ist es notwendig, die Aufgabe künftig weiterhin zu erbringen?	
Ja <input type="checkbox"/>	Nein <input type="checkbox"/>
Spielgeräte können zu vergleichbaren Preisen auch bei privaten Anbietern ausgeliehen werden. Verpflichtung für den Ersatz der Spielgeräte vor dem Ende ihrer technischen Lebenszeit.	
2.2 Inwieweit kann der Geschäftsprozess optimiert werden; kann eine Digitalisierung erfolgen?	
Nein, nicht möglich.	
2.3 Welche Folgen sind bei Wegfall oder Reduzierung der Aufgaben/Leistung zu erwarten?	
Externe Kunden (Unternehmen, Private) müssen auf private Verleiher ausweichen. Interne Kunden (Schulen, Kitas, Bildungslokale etc.) werden weiter bedient.	
2.4 Welcher Einsparbetrag wäre generierbar?	
2.4.1 Personalkosten	25.585 €
2.4.2 Sachkosten	-19.000 €

3. Möglicher Realisierungszeitpunkt	ab sofort
--------------------------------------------	-----------

Aufgabenkritik in 2020 → Information über Vorschlag

Hinweise: Bitte jedes der unten stehenden farblich markierten Felder befüllen und insgesamt max. zwei bis drei Seiten!

Referat: Referat für Bildung und Sport	Dienststelle: Staatliches Schulamt/Rechtliche Leitung	Kurzbezeichnung: RBS-STSCH-RL
Lfd. Nummer: 46		
Benennung des identifizierten Vorschlags: Einsparung von Sachkosten im Rahmen der gesetzlichen Schulaufsicht		

1. Beschreibung und Einordnung der Aufgabe	
1.1 Kurze Beschreibung der Leistung bzw. Aufgabe: Gesetzliche Schulaufsicht über alle Grund- und Mittelschulen in der LHM (180 Schulen)	
1.2 Aufgabenart	
Freiwillige Aufgabe <input type="checkbox"/>	Rechtliche Pflichtaufgabe <input type="checkbox"/>
Rechtliche Grundlage/Stadtratsbeschluss/Sitzungsvorlage Nr./Sonstiges	Art. 115 BayEUG
Zuordnung zu Produkt	39210100 Schulverwaltung
Kennzahlen	nicht vorhanden
Zuordnung zu strategischem Ziel	B

2. Ergebnis der Aufgabenkritik	
2.1 Ist es notwendig, die Aufgabe künftig weiterhin zu erbringen?	
Ja <input type="checkbox"/>	Nein <input type="checkbox"/>
2.2 Inwieweit kann der Geschäftsprozess optimiert werden; kann eine Digitalisierung erfolgen?	
Ja, möglich. Einsparung der Gesetzestexte in Papierform.	
2.3 Welche Folgen sind bei Wegfall oder Reduzierung der Aufgaben/Leistung zu erwarten?	
Die Erfüllung der gesetzlichen Pflichtaufgaben sowie das rechtmäßige Handeln der Schulen/Schulräte kann nicht gewährleistet werden, dies geht zu Lasten der Schüler*innen, Eltern, der Landeshauptstadt München sowie des Staates.	
2.4 Welcher Einsparbetrag wäre generierbar?	
2.4.1 Personalkosten	0 €
2.4.2 Sachkosten	500 €
3. Möglicher Realisierungszeitpunkt	01.06.2021

Datum: 29.10.2020
Telefon:
Telefax:

Anlage
**Referat für
Bildung und Sport**
Referatspersonalrat
RBS-RPR

Stellungnahme des RBS-Referatspersonalrats zum Thema Aufgabenkritik

An
Referentin
Frau Zurek

Sehr geehrte Frau Zurek,

der Referatspersonalrat äußert sich hiermit schriftlich zum Thema Aufgabenkritik.

Die Intervention zum Thema Aufgabenkritik war darauf ausgelegt, eine spürbare Entlastung für das Bestandpersonal zu bewirken. Das vielfach benötigte Fachpersonal war und ist auf dem Stellenmarkt nicht zu bekommen. Leider geschieht dies bei einer Mehrung von Aufgaben in allen Bereichen unseres Referats. Die Corona-Krise und die damit verbundene angespannte Haushaltslage verschärfen die Lage fatalerweise immens.

Die Einbindung des Referatspersonalrats erfolgte nicht durchgehend optimal. Bedauerlicherweise kam auch kein gemeinsamer Termin zum Austausch zustande, was die Informationsmöglichkeiten des RPR einschränkte und damit verbundene Erörterungen der vorschlagenden Geschäftsbereiche nicht ermöglichte. Hier hätten wir uns eine intensivere Einbindung im Vorfeld gewünscht und erwartet. Das Ziel war eine intensive Auseinandersetzung mit dem Thema und für das Personal eine spürbare Entlastung der jeweiligen Arbeitssituation zu bekommen.

Der RPR hatte bereits mündlich erörtert, dass Aufgaben auf die Belastbarkeit und Kapazität des Personals angesehen, priorisiert und eine veränderte, zeit- und ressourcensparende Struktur bekommen soll.

Zu den Vorschlägen, die bisher aus den verschiedenen Geschäftsbereichen kommen, ist Folgendes zu sagen: Nachhaltige Einsparungen wird man mit den in weiten Bereichen sehr kleinteiligen Vorschlägen (z.T. mit jährlichen Einzelstunden hinterlegt) nicht erzielen können.

Deutlich protestieren wir, wenn es um Einsparungsvorschläge geht, die Wertschätzungsinstrumentarien für die Beschäftigten betreffen und damit dem Personalerhalt dienen. Die minimalen Sparvolumina, die dadurch erzielt werden, stehen in keinem vernünftigen Verhältnis zu den immateriellen Kosten, die sie verursachen. Dabei handelt es sich z. B. um persönliche Ausgabe von Bestellschreiben z. B. Urkunden (rechtlich überhaupt möglich?) oder die Nichtdurchführung von Neueinsteigerseminaren.

Noch gravierender sehen wir, wenn sich durch Einsparungen die Arbeitsbelastung der

Mitarbeiter*innen erhöht und die angedachte Erleichterung und Entlastung konterkariert beziehungsweise Personal abgebaut wird und dies durch Verlagerung an anderer Stelle evtl. verteuert wieder zutage tritt. Außerdem ergeben sich für uns teilweise keine logischen Vorschläge, da dadurch ein Schaden (finanztechnisch oder imagemäßig) für die LHM entstehen könnte.

Die Arbeitsbelastung unseres Personals hat Auswirkungen auf die Gesundheit, die Stressresilienz und die Motivation. Überlastung, verbunden mit Personalknappheit kann nicht das Ziel für eine aufgeschlossene und zukunftsorientierte Personalpolitik sein. Aus diesem Grund werden folgende Maßnahmen von uns kritisiert und sollten dringend nochmal auf den Prüfstand.

1. Soll-Fallzahlenerhöhung
2. Nichtbesetzung freier Stellen
3. Einstellung des Geschäftsprozessmanagements. Dies ist nicht hilfreich für den optimalen Ablauf und die rechtzeitige Einbindung der Beteiligten und verursacht Nachfolgekosten.
4. Nichtdurchführung von Schulungen im Datenschutzbereich. Die Mehrkosten durch externe Anbieter werden das RBS dennoch belasten, die Vorgaben dafür müssen ebenfalls vom RBS geleistet werden. Dafür benötigen die Kolleg*innen mehr Stellen. Die zu erwartenden negativen Auswirkungen überwiegen den minimalen finanziellen Vorteil.
5. Strafantragsbefugnis: Wer schult die Fachdienststellen, die sie nun übernehmen sollen?
6. Badefrauen, es sollte nicht das Ziel einer guten Personalpolitik sein, wenn anschließend externe Firmen diese Arbeiten übernehmen
7. Aussetzung von Modernisierungen und dem Maßnahmenpaket für Sportstätten. Das führt zur Verschlechterung des Zustandes und damit zur Stresserweiterung für das Personal, wenn die Sportstätten weiterhin sehr gut genutzt werden sollen.

Wir erwarten uns auch, dass offen und konstruktiv mit dem Stadtrat ins Gespräch gegangen wird, welche Auswirkungen die jeweiligen Anträge des Stadtrates auf das Personal haben. Oftmals wird dabei die Verwaltung überlastet, da weitere zusätzliche Aufgaben nur knappe Zeitfenster haben und Kapazitäten binden, die anderweitig dann nicht mehr zur Verfügung stehen. Dabei entsteht zusätzlicher Stress, dies ist dem Antragsteller häufig nicht bewusst.

Der RPR ist insgesamt etwas verwundert, dass die bisher vorgelegten Vorschläge zur Einsparung in weiten Bereichen nur Marginalien betreffen.

Wir stellen fest, dass für uns nicht nachvollziehbar geprüft wurde, ob man sich die vielen Aufgabenmehrungen der letzten Jahre sich noch leisten kann.

Relativ schnell umsetzbar wären etwa die Abschaffung der Kita-Förderformel (die ja teilweise vom Staat gefördert ist) und des lehrkräftegestützten gebundenen Ganztagschulbetriebs inklusive Lernhausmodell (gemeint ist nicht die bauliche Gestaltung, sondern das Organisationsmodell an städtischen Realschulen, das eine Lernhausstruktur als Basis für die Erweiterte Schulleitung vorsieht). Das Personal könnte helfen, den Personalnotstand bei Kita

und A3 zu lindern. Damit wären zwei Ziele erreicht: Die substanzielle Einsparungen bis zu 100 Millionen Euro könnte damit erreicht werden und die spürbare Entlastung der Kolleg*innen. Damit hätte man auch etwas für den Arbeits- und Gesundheitsschutz getan.

Der RPR ist erstaunt, dass trotz der angeblich großen Haushaltsnot auch weiterhin Kostentreibende Beschlüsse durch den Stadtrat gefasst bzw. nicht zurückgenommen werden. Einen Einsparungsbeitrag in Höhe von weiteren 100 Millionen könnte man durch die Rücknahme der Kita-Gebührenbefreiung für Gutverdienende erreichen.

Eine finanzielle Entlastung wäre durch das Erlassen der Verpflegungsgebühr für die Elternschaft spürbarer und wahrscheinlich gerechter. Eltern in niedrigeren Einkommensstufen konnten auch bisher Ermäßigungen bzw. Gebührenbefreiungen geltend machen. Einen finanziellen Vorteil haben jetzt nur gut und sehr gut Verdienende. Für Investitionen in die Qualität der Pädagogik bleibt da nur noch wenig übrig – das war aber eigentlich einmal der Grundgedanke des „Gute-Kita-Gesetzes“.

Eine Nummer kleiner wäre der Sparbeitrag durch die Rücknahme der Erweiterten Schulleitung (EWS). Hier ist für Ende Oktober ein etwa 300.000€ zusätzliche Kosten verursachender Beschluss angesetzt. Diese werden sogar noch ausgeweitet. Im Falle der Städt. Werner-von-Siemens-Realschule findet das sogar gegen den erklärten Willen des Personalrats statt, der hierzu bereits Stellung genommen hat. Der ÖPR führt u.a. aus, dass die EWS mit dem Teilumzug nach Riem begründet wird, der aber mangels Fertigstellung des neuen Schulgebäudes um zwei Jahre verschoben wird. Im Mindesten könnte man dann auch die EWS um den gleichen Zeitraum verschieben.

Außerdem schlagen wir vor, die seit vielen Jahren immer wiederkehrenden Abordnungen aus den Schulen (und z.T. auch aus den Einrichtungen) ins RBS zu beenden. Das betrifft natürlich nicht Abordnungen, die wegen einer Vakanz auf einer Planstelle entstehen. Vielmehr ordnen die schulischen Abteilungen Jahr für Jahr Lehrkräfte an das RBS ab, die neben den bereits existierenden Planstellen weitere Aufgaben in den Geschäftsbereichen erledigen sollen. Diese Aufgaben entspringen wahrscheinlich nicht zwingender Erfordernis, da sie ansonsten ja schon längst als Planstellen beim Stadtrat hätten beantragt werden müssen. Es handelt sich dabei vielmehr um zweckentfremdete Lehrer*innenstunden, die eventuell teilweise an den Schulen für Personalmangel sorgen oder haushaltsrechtlich bedenklich durch Aushilfskräfte ersetzt werden. Entgegen jahrelangen Beteuerungen der Referatsleitung wurden diese Abordnungen nicht eingedämmt. Der dann nicht mehr benötigte Büroraum könnte anderweitig vergeben werden.

Mit der Bitte um Überprüfung der angeführten Vorschläge übersenden wir Ihnen diese Stellungnahme des RPR

Mit freundlichen Grüßen

Abdruck: